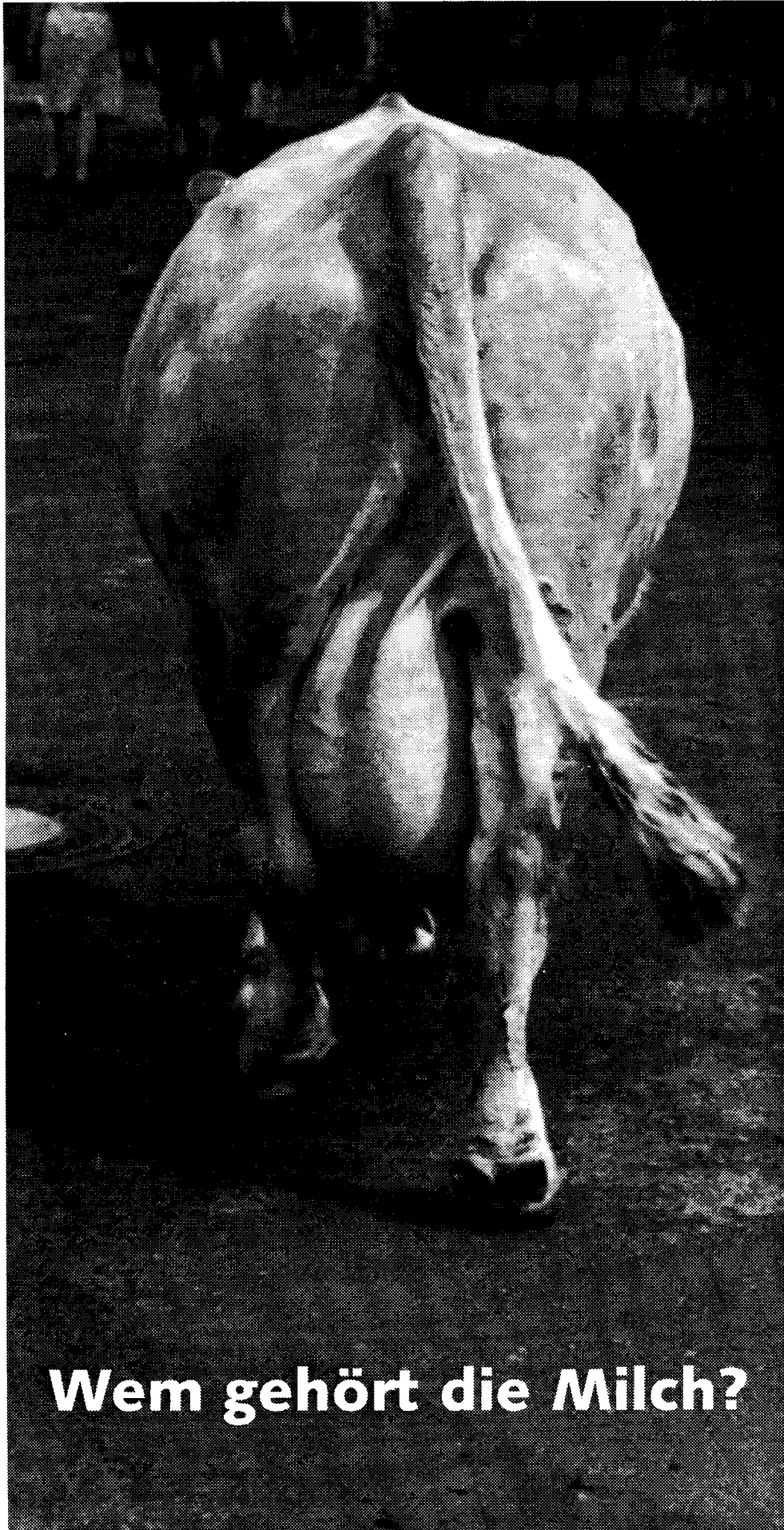


UNABHÄNGIGE Bauernstimme

Juni 1999 Nummer 213
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Wem gehört die Milch?

Politik

Wem gehört die Milch?

Wer darf in Zukunft wieviel Milch melken? Der Endspurt in der Diskussion um das zukünftig geltende Quotensystem ist eingeläutet. Lieferrecht, Börse oder Weiter so, das sind die Alternativen. Wie die Modelle wirken und welche Interessen sich zu Wort melden, steht auf den **Seiten 12 – 13**. Auch der Kommentar dazu auf der **Seite 2**

AbL drängt auf Bewegung

Im Rahmen der nationalen Umsetzung der Agenda 2000 ist den Betrieben und den ländlichen Räumen eine Perspektive zu geben, um in Verbindung mit Verarbeitung und Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu einer höheren Wertschöpfung zu kommen. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Georg Janßen in einem Beitrag auf den **Seiten 6 – 7**

Bewegung

Gezahlt wird nicht!

Die Pflanzenzüchter bitten die Bäuerinnen und Bauern zur Kasse; wer mit dem eigenen Erntegut Nachbau betreibt, soll zahlen. „Nicht mit uns“ sagt sich die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze. Vier ihrer MitgliederInnen mußten jüngst vors Landgericht in Mannheim deswegen, mehr dazu auf der **Seite 5**

Acker zu vermieten

100 m Kartoffeldamm für 55 DM gibt es bei Bäuerinnen und Bauern des Regionalprojektes BRUCKER LAND zu mieten. Leute, vornehmlich aus Stadt und Vorstadt, reißen sich darum, dort Gemüse, Blumen und Kräuter selbst zu ziehen – und zu genießen. Über eine Initiative für ein neues Verhältnis zwischen Stadt und Land auf der **Seite 3**

Welthandel

Sozialstandards in der WTO?

Sollen bei der nächsten Verhandlungsrunde der WTO (Welthandelsorganisation) soziale und ökologische Mindeststandards eingeführt werden? Was spricht dafür, was ist kritisch zu sehen? Position dazu beziehen Michael Windfuhr und Thomas Griese auf der **Seite 17**

Hormonelle Störungen

Die EU ist unter Druck, weil sie kein in Hormonmast produziertes Rindfleisch aus den USA importieren will. Sie spricht von Verbraucherschutz, die USA vermuten argwöhnisch Marktprotektionismus. Der Werdegang des Hormonstreits und seine mögliche Fortsetzung auf der **Seite 16**

Nach 15 Jahren Milchquotenregelung stehen derzeit in Bonn grundsätzliche Fragen zur Entscheidung an. Nachdem die EU-Minister sich für preissenkende Maßnahmen (auch) im Milchbereich entschieden und ein Auslaufen der Milchmengenbegrenzung ab dem Jahr 2008 in Aussicht gestellt haben, muß Bonn nun sagen, nach welchem Modell bis dahin das Recht, Milch zu erzeugen, verteilt wird. Zur Debatte stehen drei Modelle: im Lieferrechtsmodell sollen die Quoten nach einer Übergangszeit kostenlos aus einem staatlich verwalteten Pool bereitgestellt und verteilt werden; beim Börsenmodell werden die Quoten an der Börse zu Durchschnittspreisen gehandelt; oder es bleibt alles wie bisher. Das Lieferrechtsmodell ist von den drei Alternativen die geeignetste, wenngleich auch sie ihre Haken hat. Nur mit dem Lieferrecht lassen sich die Kosten für Quoten merklich nach unten drücken, eine Forderung, die die Milcherzeuger durchweg erheben, denn sie haben fast ausnahmslos Quote gepachtet und sind es leid, für etwas zu zahlen, für den die Verpächter eigentlich nichts tun. Also weg mit diesen Kosten. Aber der Milchmarkt ist ein Überschussmarkt; etwa 20 % der erzeugten Milch in der EU kann nur subventioniert abgesetzt werden. Unter solchen Überschuss-Bedingungen dominiert nicht die anbietende, sondern die abnehmende Seite die Preisentwicklung für die Milch. Die Milchpreise rutschen in der Tendenz so tief, wie es die Masse der Produktion – nicht die Masse der Produzenten – kostenmäßig noch aushält.

KOMMENTAR

Wenn man will

Die Höhe der Kosten für Quotenkauf und -pacht variieren von Betrieb zu Betrieb erheblich. Wer stark expandiert hat, zahlt heute viel für das Recht zu melken. Betriebe hingegen, die ihre Kuhzahl nicht aufgestockt, sondern Fremdquote nur für den Ausgleich der Leistungssteigerung der Milchkühe zugepachtet haben, haben entsprechend weniger Quotenkosten. Eine allgemeine Kostensenkung pro kg Quote bringt also denjenigen mit viel „Fremdquote“ relativ mehr Einsparung als denen, die ganz überwiegend Eigenquote melken. Die gleichmäßige Kostenentlastung bringt also Vorteile für die, die kräftig ins Wachstum gegangen sind und damit an der Überschussituation mitgebastelt haben. Die Preissenkung allerdings, die auf diese Kostenentlastung folgt, haben alle zu ertragen, auch die wenig entlasteten. Dieser Mechanismus ist bei der Ausgestaltung des Lieferrechtes zu berücksichtigen. Die Verteilung der Lieferrechte auf die Betriebe hat auch die Interessen derjenigen zu berücksichtigen, die nicht auf große Wachstumssprünge in der Menge gesetzt haben und das auch in Zukunft nicht vorhaben, aber dennoch weiterhin von der Milch leben wollen. Anstatt allein darauf zu gucken, die propagierten 120-Kuh-Betriebe auf den Weltmarkt zu schicken, ist an jene ein Angebot zu machen, die aufgrund ihrer Standortbedingungen am Weltmarkt keine Chance haben. Das sind mehr als zwei Drittel der Milchviehbetriebe. Das bedeutet, daß der Bedarf der kleineren und mittleren Betriebe an zusätzliche Milchmengen gleichberechtigt anerkannt wird. Darüber hinaus sind bevorzugt Lieferrechte zur Verfügung zu stellen, wenn Betriebe in den Aufbau einer auf den Binnenabsatz ausgelegten Vermarktung investieren, oder wenn sie in ihrer Produktionsweise den Wünschen der Verbraucher entgegenkommen und z.B. auf artgerechte Tierhaltung oder ökologischen Landbau umstellen. Dieses Angebot der Bevorzugung wäre ein Baustein in einem agrarpolitischen Konzept, das nicht nur den Weltmarkt im Blick hat. Die Landwirtschaft hat eben mehr Aufgaben, als diesen zu bedienen.

Ulrich Jasper

Das ist der Gipfel: 500 Inder in Europa

Wie es kommt, daß 500 indische BäuerInnen mit uns ihre und auch unsere Rechte einfordern wollen

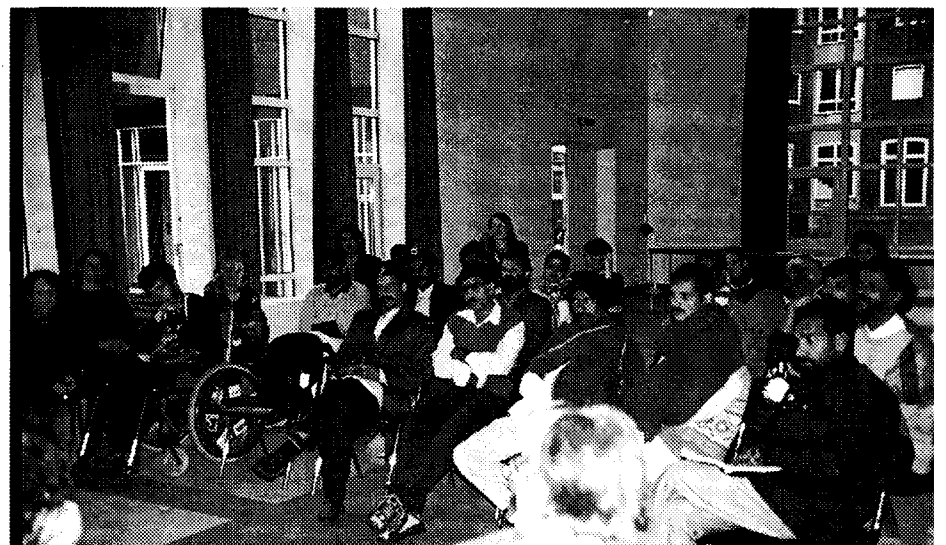
Bis Mitte Juni zieht durch unser Land eine „Interkontinentale Karavane für Solidarität und Widerstand“. 500 InderInnen, vornehmlich Bauern und Bäuerinnen, reisen durch Europa. Sie zeigen Präsenz, wenn sich am 5./6. Juni die EU-Regierungschefs zum EU-Gipfel und am 18./19. Juni die sogenannte G7/G8 jeweils in Köln treffen.

Sie wollen nicht mehr auf Almosen aus der westlichen Welt warten, sondern fordern Respekt und ihre Rechte bei denen ein, die sie seit Jahrhunderten weltweit mißachten. Sie verstehen sich selbst als Teil des internationalen Protests gegen ein ungerechtes Wirtschaftssystem, das sich nicht an den Bedürfnissen aller Menschen orientiert. Es geht ihnen um Austausch und Kontakt mit europäischen BäuerInnen und politischen Basisbewegungen. Andererseits geht es ihnen darum, einer breiten Öffentlichkeit im Norden ihre Situation und die direkten Auswirkungen des „freien“ Handels und der WTO-Abkommen (Welthandelsorganisation) zu vermitteln.

Die Initiative der Karavane ging von BäuerInnen aus dem indischen Bundesstaat Karnataka aus, die in der indischen Bauernorganisation namens KRRS („Karnataka State Farmers' Association“) organisiert sind. Die KRRS arbeitet nicht nur agrarpolitisch. Vielmehr engagiert sie sich auch für Alternativen gesellschaftlichen Lebens, was nicht durch das Diktat der Konzerne und Handelsabkommen, sondern vielmehr von Selbstbestimmung geprägt ist. Es ist eine sogenannte „ghandische“ Bewegung, deren Ziel die Umset-

zung der Dorfrepublik ist, die auf Basisdemokratie, wirtschaftlicher und politischer Selbstbestimmung gründet. Ihre Alternative zur globalisierten Wirtschaftsordnung besteht im Aufbau von lokalen Versorgungsnetzen, von nachhaltigen Technologien und solidarischen Bündnissen. Die indischen Bauern und Bäuerinnen möchten mit uns Europäern in einen direkten Dialog treten und sich gemeinsam mit uns für eine Welt einsetzen, in der die Menschen unmittelbare Kontrolle über ihre regionale Ökonomie erlangen. Sie wehren sich damit auch dagegen, daß der Einfluß der Industrienationen in der WTO und die multinationale Konzerne wie Bayer, Monsanto oder Hoechst den BäuerInnen die globalisierten Handelsbedingungen aufzwingen, was dazu führt, daß kleinbäuerliche Existenzgrundlagen zerstört werden. Denn KleinbäuerInnen können nicht gegen Agrarmultis und niedrigpreisige Importe aus den USA und Europa konkurrieren. Nachdem im Rahmen der Zollbestimmungen der WTO die Importzölle für Erdnüsse aufgehoben wurden, sahen sich die BäuerInnen in einer ausweglosen Situation, da sie den Preis der nach Indien importierten Erdnüsse nicht weiter unterbieten konnten. Im letzten Jahr begingen aus diesem Grund hunderte von KleinbäuerInnen Selbstmord. Die InderInnen reisen einen Monat durch Europa – es gibt vielzählige Veranstaltungen mit ihnen, wo Kontakte geknüpft werden können.

Info: InterContinentale Caravane, Ch. Lenke / Ch. Niesel, Esser Str. 12, 51105 Köln, ☎ 0221-8370364 / -8302561, <http://stad.dsl.nl/~caravan/>



Bis zu 500 Bauern und Bäuerinnen aus Indien reisen derzeit durch Europa und informieren über ihre Situation. Sie suchen das Bündnis mit Europäern, die für faire Handelsbeziehungen eintreten; hier bei einer Diskussion in Münster. Foto: Jasper

Die Hasen partizipieren auch“, sagt Elsbeth Seiltz, treibende Kraft im Regionalprojekt BRUCKER LAND nicht ohne Schmunzeln, wenn sie von einer neuen Initiative berichtet. Verteilt im Landkreis Fürstentum, in dem die bisher in Deutschland wohl umfassendste und erfolgreichste Regionalentwicklungsinitiative seit 5 Jahren die Tische in vielen Haushalten mit regional und unter Einhaltung bestimmter Richtlinien erzeugten Lebensmitteln deckt, finden sich dieses Jahr erstmals mehrere „Sonnenäcker.“ Auf dem Sonnenacker ackern Bäuerinnen und Bauern nur wenig, sie legen lediglich im Frühjahr mit einem Häufelgerät Dämme an. Das Säen, Bepflanzen, Gießen, Hacken und Ernten sowie das Aufessen erledigen Menschen, die Lust dazu haben, sich mit selbstangebautem Gemüse, Kräutern und Blumen zu versorgen, denen aber kein eigener Garten zur Verfügung steht. Für 55 DM können sie 100 m Damm für ein Jahr auf einem Sonnenacker in ihrer Nähe mieten, erhalten bei Bedarf fachliche Unterstützung, verpflichten sich nicht zu düngen und zu spritzen und müssen leider ab und zu einen kleinen Teil der Ernte an eben jene partizipierenden Hasen, manchmal allerdings auch an skrupellose zweibeinige Zeitgenossen, die des Wegs kommen, abgeben. Der großen Attraktivität, die die Idee der Sonnenäcker auf Menschen aller Altersgruppen und Schichten ausübt, tut so ein Wehmuts-tropfen keinen Abbruch.

Als Gaudi verspottet

Angefangen hat alles vor sechs Jahren als Idee eines einzelnen Bauern und als „Gaudi, dem viel Spott von außen gefolgt ist.“ Heute lacht Anton Steber aus Adelshofen-Nassenhausen darüber, daß ihn damals keiner ernst nehmen wollte, als es in einem kirchlichen Arbeitskreis darum ging, wie man zusätzliches Einkommen auf den Höfen schafft, ohne viel zusätzlichen Aufwand. Er hatte gesagt: „Ich tu' Reihen machen und die vermiet' ich“ aber nur Elsbeth Seiltz ist im nächsten Frühjahr auf ihn zugekommen und hat gefragt: „Wie ernst ist es Dir?“

Die zehn Leute, die im ersten Jahr Dämme bei Steber mieteten, waren bald gefunden, heute bewirtschaften 40 bis 45 Menschen einen halben Hektar Land. „Es ist nicht die große Mark, die dabei rumkommt, aber ich freu mich, daß es so gut läuft und hatte damals ja auch noch einen Hintergedanken dabei. Die Leute sollen mal wieder merken was es heißt, Unkraut zu hacken.“ Und Elsbeth Seiltz ergänzt: „Viele haben gar keine Vorstellung mehr davon, wie Lebensmittel eigentlich erzeugt werden, durch das ei-

gene Engagement kriegen sie wieder ein ganz anderes Verhältnis zur landwirtschaftlichen Arbeit.“ Man trifft sich auf dem Acker, es sind Freundschaften entstanden, die Leute berichten von der als Erholung wahrgenommenen Erfahrung, sich nach dem Büroarbeitstag in der Natur zu betätigen und die Ruhe zu genießen. „Auf den Druck der Leute hin“, so Seiltz, „haben wir das jetzt unter dem Dach der BRUCKER LAND Solidargemein-

sich Farmen, die ganz oder in Teilen entweder durch die eigene Tatkraft oder den Geldbeutel außerlandwirtschaftlicher bzw. vornehmlich städtisch lebender Menschen getragen werden. Dabei kann es so aussehen wie bei den Sonnenäckern auf denen die Leute selber wirtschaften, oder wie z. B. auf einer Farm in der Nähe der Metropole Washington D.C.. Dort zeichnen jedes Jahr 400 Menschen Anteile an einem 7 ha großen Gemü-

schlechtes Jahr gibt es von allem weniger bzw. mehr im umgekehrten Fall, auch dadurch nehmen die Leute Anteil an den Schwierigkeiten der Landwirtschaft, die aus dem Wirtschaften mit der Natur resultieren“, so Farmer Michael Heller. „Irgendwann haben wir festgestellt“, fährt er fort, „daß unsere Anteilszeichner fast ausschließlich gesundheitsbewußte Vorortfamilien mit höherem Bildungsniveau sind. Wir wollten aber auch Leute erreichen, die aufgrund ihres geringeren Einkommens und ihrer Wohnsituation in den Innenstädten, wo die kleinen Frischproduktehändler nach und nach von den Riesensupermärkten auf der grünen Wiese verdrängt werden, wenig Möglichkeiten haben, an frisches Gemüse zu kommen. Deshalb haben wir uns um eine finanzielle Förderung von außen bemüht und verkaufen nun die Hälfte der Anteile für den halben Preis, an solche Leute. Wir machen mindestens dreimal im Jahr ein Fest auf dem Hof, da kommen die unterschiedlichen Menschen dann zusammen.“

Ein neues Verhältnis

Zurück nach Bayern, einer der neuen Sonnenäcker liegt vor den Toren Münchens und gehört Stefan Kaspar. Er mästet für BRUCKER LAND Ochsen und baut Gemüse unbehandelt an. Der Sonnenacker für 15 BewirtschafteterInnen ist Teil seiner diesjährigen Hackfruchtfläche, die – da dies ja auch für die gartelnden „Sonnenäcker“ gilt – nicht gespritzt und gedüngt wird. Geplant ist, wie es auch Anton Steber praktiziert, den Sonnenacker in der Fruchtfolge mitlaufen zu lassen. Kaspar ist angetan von den neuen Erfahrungen „Wenn ich am Acker wobei komm halt ich an, man unterhält sich, kriegt ein anderes Verhältnis zueinander.“ Er nimmt außerdem bereits positive Nebenwirkungen auf seine Direktvermarktung wahr. Damit die neuen „Sonnenäcker“ „ihre“ Bäuerinnen und Bauern nicht zu sehr fachlich löchern, hat BRUCKER LAND eine Bäuerin und Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft eingestellt, die telefonisch für Fachfragen zur Verfügung steht. Außerdem findet einmal im Jahr im Winter eine Versammlung statt, auf der diskutiert wird, was ansteht und „es meist lustig zugeht“, so Steber, der ja damit schon Erfahrungen hat. Mitgefeiert wird natürlich auch das BRUCKER LAND Erntedankfest, ein Fest, dessen Anlaß sich sicherlich für den einen oder anderen Neu-„Sonnenäcker“ dieses Jahr zum ersten Mal mit eigenen Erfahrungen und Leben füllt.

cs

Infos: BRUCKER LAND Solidargemeinschaft, Elsbeth Seiltz, ☎ 08145/6269

Ein Platz an der Sonne

Im BRUCKER LAND vermieten Bäuerinnen und Bauern Ackerreihen



Die meisten „Sonnenäcker“ bewirtschaften einen 100 m-Damm, es gibt aber auch Ausnahmen mit bis zu 400 m.

schaft auf den ganzen Landkreis ausgeweitet.“ 7 Sonnenäcker und 160 NutzerInnen – StädterInnen ganz ohne Garten, aber auch NeubaugebietssiedlerInnen, deren Grundstück zu klein für Rasen und Gemüsegarten sind – gibt es dieses Jahr. „Wir haben wenig Werbung gemacht, nur mit Faltschilfern bei den BRUCKER LAND Bäckern um erstmal Erfahrungen zu sammeln“, sagt Elsbeth Seiltz. „Gemeinsam ist der bunten Mischung an Leuten die hier zusammenkommt, daß es alles bewußte Menschen sind.“

In den USA verbreitet

Die soziale Komponente, Menschen zusammenbringen, der „Restgesellschaft“ Landwirtschaft vermitteln, sind auch in den USA Beweggründe für mittlerweile relativ häufig anzutreffende Projekte unter dem Stichwort „community supported agriculture“ – von der Gemeinde unterstützte Landwirtschaft. Dahinter verbergen

seacker, auf dem von zwei Mitarbeitern der Farm 65 unterschiedliche Kulturen – vom für hiesige Verhältnisse skurril wirkenden Spaghetti-Kürbis (sein inneres zerfällt beim Kochen in gelbe Fäden) bis Tomaten, Paprika, jeglichen Kohl, Blattgemüse... – dünger- und spritzmittelfrei angebaut werden. Zu Spitzenzeiten werden die Anteilseigner um Ernteeinsätze angefragt, ansonsten können sie jederzeit zum Helfen kommen, müssen aber nicht. Ihre Aufgabe ist die Organisation der gleichmäßigen Verteilung des Erntegutes, das von der Farm aus in der Saison wöchentlich an 5 Stellen in der Stadt abgeliefert wird. Die Kosten von 250 \$ jährlich für einen Anteil (der für einen 2. Personenhaushalt gedacht ist) bleiben jedes Jahr gleich, was sich ändert, ist die Menge an Produkten die jeder dafür erhält. „Haben wir ein gutes Tomaten- und ein schlechtes Kohljahr, bekommt jeder mehr Tomaten und weniger Kohl, ist es insgesamt ein

„Besser iss Bio“. BUND tourt für Ökofleisch

Eine vierwöchige Informations-Tour für Fleisch aus ökologischer und tiergerechter Haltung hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gemeinsam mit den Handelsunternehmen „tegut...“ und „Edeka“ gestartet. Zunächst geht der BUND mit tegut... und anschließend mit Edeka Nord auf Info-Tour durch 11 Städte. „Wir wollen den Marktanteil von Öko-Fleisch von derzeit rund 2 % spürbar erhöhen. Dazu müssen Wissenslücken bei den Verbrauchern geschlossen und der Handel ermutigt werden, Öko-Fleisch offensiv anzubieten“, erklärte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrnt. Die beiden beteiligten Handelsunternehmen lobte sie als „wegweisende Pioniere“, keine anderen Handelskätten könnten einen so hohen Anteil an Öko-Fleisch im Gesamtsortiment vorweisen. pm

NABU-Projekt Kulturpflanzenvielfalt

Mit dem Ziel, Alternativen zur Gentechnik im Saatgutbereich von Gemüse und Getreide zu erhalten und weiterzuentwickeln, finden in mehreren Ländern Europas Informations- und Fortbildungsveranstaltungen statt. Sie richten sich sowohl an Hausgärtner mit Sinn für geschmackvolle Gemüse-Raritäten als auch an landwirtschaftliche Betriebe, die Interesse an standortangepassten Sorten bzw. einer ökologischen Züchtung haben. Die Veranstaltungen sind Teil des Projektes Kulturpflanzenvielfalt, das der Naturschutzbund NABU in Kooperation mit unterschiedlichen Projekten und mit finanzieller Unterstützung durch die EU-Kommission, DG XI, durchführt. Eine Broschüre dazu gibts beim NABU Projektbüro, Cornelia Wiethaler, ☎ 07551-91200

Vitamine im Angebot

Die Verbraucher Initiative hat ein Infopaket „Vitamine“ zusammengestellt, der eine Orientierung durch das vielfältige Angebot an saisonalem und möglichst regionalem Obst und Gemüse bietet. Fünf Portionen Obst und Gemüse sollte ein Mensch täglich essen, etwa die Hälfte davon roh, empfehlen Ernährungswissenschaftler übereinstimmend. „Am nährstoffreichsten sind Früchte der Saison“, so Beate Fackeldey von der Verbraucher Initiative (VI). Das Infopaket biete Hilfe für die vielen Verbraucherinnen und Verbraucher, die nicht mehr wüßten, was wann wo wächst. Das Paket für 8 DM (bar) gibt's bei der VI, Breite Str. 51, 53111 Bonn.

Ferienhof-Datenbank im Net

Eine Datenbank, in der 3.000 landwirtschaftliche Betriebe aufgeführt sind, die in Europa Ferien auf dem Bauernhof anbieten, hat die Zentrale für den Landurlaub in Bonn ins Internet gestellt. Unter der Adresse: www.bauernhofurlaub.com lassen sich die Angebote von Höfen studieren und der nächste Urlaub planen. Wer als Anbieter für Urlaub auf dem Bauernhof in die Datenbank aufgenommen werden möchte erfährt die Konditionen auch unter obiger Internetadresse.

NeuMarkt Anbietergemeinschaft gegründet

Sie wollen ihre regionalen Ökoprodukte in Zukunft gemeinsam vermarkten und haben sich daher zusammengeschlossen zur Anbietergemeinschaft: 25 ökologisch wirtschaftende Betriebe und Metzger im Landkreis Neumarkt in der Oberpfalz. Sie haben gerade ihr neues Markenzeichen vorgestellt: Zinkl-Öko-Produkte. Sie nehmen damit bezug auf den Pfarrer Zinkl, der im Jahre 1723 die Kartoffel in der Region brachte und damit die Hungersnot lindern half. Der große Hunger sei vorbei, doch drängen Lebensmittelskandale zu neuen Aufgaben. pm

Eine Spirale ist das Symbol für den Tag der Regionen, der am 10. Oktober in Bayern und Nordrhein-Westfalen für die Stärkung der regionalen Wirtschafts-„Kreisläufe“ werben soll. Als Auftakt errichtete das bayerische Bündnis auf dem Nürnberger Marktplatz eine Spirale aus Steinen, Holz, Bierkästen, Eierlagen, Gemüseboxen ...



KURZES AM RANDE

Fragwürdiges Messe-Gutachten

Massive Kritik an Standortfindung zur neuen Stuttgarter Messe

Eine Fildermesse werde es nicht geben, ist sich Stefan Rösler, Landesvorsitzender des Naturschutzbundes NABU Baden-Württemberg sicher. Denn das vom Verband Region Stuttgart in Auftrag gegebene Gutachten zur Standortfindung der geplanten neuen Stuttgarter Messe werde wegen gravierender methodischer und inhaltlicher Fehler vor keinem Gericht bestehen, so Rösler.

Filder wird ein noch weitgehend landwirtschaftlich bzw. gartenbaulich genutztes Gebiet südlich von Stuttgart genannt, auf dem Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) ein neues Messegelände bauen lassen will, und zwar gegen starken Protest von Grundeigentümern, betroffenen Kommunen und Naturschützern. Der Streit dauert schon ein Jahr lang.

Vor der Presse erklärten nun Vertreter des NABU und der Schutzgemeinschaft Filder e.V., die von der Messe-Betreiber-Gesellschaft mit der Findung eines Messe-Standortes beauftragten Weideplan Consulting GmbH sei stark befangen. Das Büro arbeite schon seit mehreren Jahren für die Flughafen-Gesellschaft – der geplante Messe-Standort Filder liegt in unmittelbarer Nähe des Flughafens (der auch noch erweitert werden soll). Zudem sei das Unternehmen Weideplan Consulting an dem jetzt für Architekten

ausgeschriebenen „Realisierungswettbewerbs Landesmesse“ involviert. Ein Gutachter-Büro, das öffentlich von einer Realisierung der Fildermesse wirtschaftliche profitieren würde, könne keine objektiven Gutachten erstellen, so die Kritiker. „Hier herrscht ein regelrechter Filder-Filz“, sagte Rösler. So sei vorhersehbar gewesen, daß das Weideplan-Gutachten auf der Suche nach dem optimalen Standort in Baden-Württemberg auf die Filder kommt.

Neben methodischen Fehlern charakterisierten auch zahlreiche gravierende inhaltliche Mängel die Studie, kritisieren Rösler und Steffen Siegel von der Schutzgemeinschaft Filder. So seien Kriterien wie die Berücksichtigung gemeindlicher Planungshoheit sowie von Ausgleichsmaßnahmen nach dem Naturschutzrecht im Weideplan-Gutachten nicht behandelt worden. Auch die Alternative, die Messe auf dem Stuttgarter Killesberg zu erweitern, werde nur mangelhaft berücksichtigt.

Rösler legte in Stuttgart eine korrigierte Bewertung unter Berücksichtigung auch der genannten Kriterien vor, wonach ein Standort in Böblingen besser abschneidet als die Filder. Am besten schneidet aber die Variante der Messe-Erweiterung am Killesberg ab. uj

Der 10. Oktober naht

Tag der Regionen. Erfolgreicher Auftakt in Nürnberg

Einen sonnigen Freitag-Nachmittag hatte sich das bayerische Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ ausgesucht, um auf dem Nürnberger Marktplatz Ende April für den landesweiten Aktionstag am 10. Oktober zu werben. Auch Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf, Schirmherr des Aktionstages, half mit, eine große Spirale aus regionalen Pro-

dukten zu bauen. Die Spirale symbolisiert das Anliegen des Bündnisses, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Gut 30 Verbände und Regionalinitiativen zählt der Unterstützerkreis in Bayern, darunter die Feuchtwanger Initiative „Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt“, deren Vorsitzender Heiner Sindel auch Sprecher des Regionaltag-Bündnisses ist. Weiter gehören der Bund Naturschutz Bayern, der Hotel- und Gaststättenverband, die katholische und evangelische Landjugend, der Landschaftspflegeverband, die AbL und andere dazu.

Die Aktivitäten sollen landesweit in Bayern und Nordrhein-Westfalen für die Wertschöpfung im ländlichen Raum werben. Wer sich mit eigenen Aktionen daran beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Infos: Für Bayern: Gisela Endt, Feuchtwangen, ☎ 09852-1381, Fax: -4895. Für NRW: Brigitte Hilcher, Borgentreich, ☎ 05643-948537

„Wer die Saat hat, hat das Sagen“

Im nun angelaufenen Rechtsstreit geht es um mehr, als ein paar hundert Mark Nachbaugebühren

Volle Ränge sind bei Veranstaltungen eines Landgerichtes eher selten, noch ungewöhnlicher ist sicher dort ein fast durchweg bäuerliches Publikum, wie es sich am 21. Mai im Landgericht in Mannheim einfand. Verhandelt wurden die ersten Klagen der – von den Pflanzenzüchtern mit dem Eintreiben der Nachbaugebühren beauftragten – Saatguttorehand GmbH, gegen vier Baden-Württemberger Bäuerinnen und Bauern. Allen Vieren gemeinsam ist, daß sie der Treuhand als Reaktion auf deren Aufforderungen, eine Erklärung bezüglich ihres Nachbaus abzugeben, geantwortet haben, daß sie dazu nicht bereit sind.

Drei beklagte Bauern und eine ganze Busladung voll sympathisierender Berufskollegen sowie VertreterInnen der bundesweiten 'Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren' in der die beklagten Mitglied sind und deren Anwälte sie in Mannheim vertreten, verfolgten die mündliche Verhandlung vor den drei Richtern des Landgerichtes. Diese ließen sich darauf ein, nicht nur die Frage der Auskunftspflicht abzuhandeln, sondern nahmen auch die von den Anwälten der Interessengemeinschaft vorgebrachten Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Sortenschutzgesetzes auf. In dem Anfang der Neunziger Jahre neu gefaßten deutschen Sortenschutzgesetz wird (entsprechend dem vorher geänderten EU-Sortenschutzgesetz) den einzelnen Pflanzenzüchtern zugestanden, Auskunft über den Nachbau ihrer jeweiligen Sorten bei den Bäuerinnen und Bauern einholen zu dürfen und – sofern Nachbau betrieben wird – eine Gebühr zu erheben, die deutlich niedriger sein muß als die Lizenzgebühr, die der Züchter beim Verkauf von Z-Saatgut erhält. Die Interessengemeinschaft hält die nicht genau definierte Auskunftspflicht für einen Aspekt, der von Bundesverfassungsgericht geprüft werden sollte. „Außerdem“, so Rechtsanwalt Matthias Miersch, „ist die Saatguttorehand bisher die Nachweise über den Sortenschutz der Sorten, die in einer den Nachbauformularen beigelegten Liste angegeben sind, schuldig geblieben.“ Für ihn ist auch nicht geklärt, daß die Saatguttorehand als privatrechtliche Vereinigung ein Anrecht darauf hat, für die Züchter die Auskunft einzuholen. „Hier entsteht an einer Stelle eine enorme Datensammlung, die den Züchtern gezielte Steuerungsmöglichkeiten innerhalb der Landwirtschaft eröffnet.“ Letztendlich geht es auch bei den Nachbaugebühren um Machtkonzentration in einem durch die Biotechnologie immer härter und teurer werdenden Geschäft. Die Er-

haltung einer mittelständischen Pflanzenzüchtung, ein Argument, das gerne für das Eintreiben von Nachbaugebühren genutzt wird, ist in der Realität meist längst die Erhaltung wenig selbständiger Tochterunternehmen weltweit agierender (Chemie)Konzerne. Das macht denn auch das fachspezifisch landwirtschaftliche Thema Nachbau für eine Umweltschutzorganisation wie GREENPEACE interessant. Ihr landwirtschaftlicher Fachmann Martin Hofstetter formulierte treffend: „Wer die Saat hat, hat das Sagen.“ Und er ergänzte: „Die Großkonzerne haben sich zusammengefunden, um den Nachbau von Nutzpflanzen unwirtschaftlich zu machen.“ Umso wichtiger ist, nicht nur einen Rechtsstreit zu führen sondern zusätzlich die Problematik einer breiten Öffentlichkeit verständlich zu machen und natürlich auch auf politischer Ebene Druck auszuüben, um die neuen Sortenschutzgesetze zu kippen. Hier kommen neue Aufgaben auf die 'Interessengemeinschaft' und ihre Verbündeten zu!

Frage des Eigentums

Der Sinn der novellierten Gesetze ist eine Stärkung der Züchterposition – aus Sicht der 'Interessengemeinschaft' unnötigerweise, schließlich funktionierte die bisherige Regelung zum Sortenschutz über die Lizenzgebühr. Bäuerinnen und Bauern fühlen sich einmal mehr durch Bürokratie und Gesetze gegängelt. 'Mit uns kann man es ja machen,' das wollen die Beklagten in Mannheim nicht gelten lassen. Auch wenn der Streitwert, wie bei Erwin Oberndörfer, einem der beklagten Bauern, mit 700 DM verschwindend gering ist, „es geht ums Prinzip, um die Frage: wem gehört das Saatgut.“ „Wenn ich Saatgut kaufe, bezahle ich Lizenzgebühren, damit sind die Ansprüche des Züchters abgegolten“, auch Bauer Hans Bühler sieht keine Veranlassung zu zahlen. Außerdem ist in diesen ersten Fällen zu-

nächst noch zu klären, ob es rechtens ist, daß heute Nachbaugebühren für ein Produkt (das vor Jahren erworbene Z-Saatgut) verlangt werden kann, das zu einem Zeitpunkt gekauft wurde, als von Nachbaugebühren noch niemand geredet hat.

Ob das Gericht sich durch Anwälte und Bauern hat überzeugen lassen, daß das Sortenschutzgesetz verfassungswidrig ist (und es muß, um die Angelegen-

heit ans BVG weiterzurei-

chen überzeugt sein, es darf nicht nur Zweifel haben) blieb offen. Die Anwälte der Interessengemeinschaft bewerten den Verlauf der Verhandlung aber durchaus positiv: „das Gericht ist ganz anders aus der

Verhandlung herausgekommen als es hineingegangen war“, resümiert Patentanwalt Rolf Wilhelms. Auf den 9. Juli wurde die Fortsetzung des Verfahrens festgesetzt, bis dahin muß die Saatguttorehand auf Aufforderung des Gerichts die Schutznachweise für die von ihr als geschützt angegebenen Sorten beibringen. Die Treuhand erbat sich aufgrund des dafür nötigen Aufwandes (Anfragen beim Bundes- und EU-Sortenamt) eine Frist von 4 bis 6 Wochen – und erlebt dabei nun vielleicht auch einmal, was es heißt, sich bis zu einem bestimmten Stichtag durch Bürokratie und Papierwust zu rechtzuwurschteln. cs



Ärgerlich

In einer Pressemitteilung weist der Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes Helmut Born darauf hin, daß der Bauernverband nicht der Erfinder der Nachbaugebühr sei. Das mag stimmen, „Tatsache ist aber auch“, so Adi Lambke, Sprecher der 'Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren', „daß der Bauernverband seit 1991 von den Veränderungen der den Sortenschutzgesetzen zugrundeliegenden Vereinbarungen zugunsten der Pflanzenzüchter wußte und weder die Bäuerinnen und Bauern aufgeklärt noch Widerstand dagegen mobilisiert hat. Und wenn Born jetzt schreibt, daß es 'ärgerlich sei, daß einige Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel Österreich, bisher keinerlei Regelungen zum Nachbau getroffen hätten', ist wohl zu fragen wessen Interessen der Bauernverband eigentlich vertritt.“ Ärger dürfte man sich beim DBV dann sicher auch darüber, daß in Frankreich alle Bauernverbände zum Boykott der Nachbaugebühren aufgerufen haben und 60 % der französischen Bäuerinnen und Bauern nicht auf die Aufforderungen eine Erklärung zu ihrem Nachbau abzugeben, reagiert haben. Auch ärgerlich sind wohl die Solidaritätsbekundungen verschiedener europäischer Bauernorganisation sowie der europäischen Kleinbauernvereinigung CPE, die die 'Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze' vor der Verhandlung in Mannheim erreichten.

Einfache Freisetzung

Die europäische Richtlinie 90/220, die die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen regelt, ist zur Zeit in der Überarbeitung. Die Neufassung soll – trotz der derzeitigen europäischen Widerstände gegen die Gentechnik – die Zulassungsverfahren vereinfachen und Einwendungen dagegen erschweren. Die Ende Juni im Ministerrat zur Verhandlung stehende Vorlage der deutschen Ratspräsidentschaft klärt keine Haftungsfragen, schreibt keine sozioökonomische Begleitforschung vor, äußert sich nicht zu Antibiotika-Resistenzen und Gentransfer, es wird nicht mit Exporten umgegangen. Die europäischen Umweltminister sollten die derzeit starke Anti-Gentechnik-Haltung beachten und die Freisetzungsrichtlinie verschärfen statt sie zu vereinfachen.

Keine Frage, die Beschlüsse zur AGENDA 2000 sind anders ausgefallen, als zu wünschen war. Wir haben in der AGENDA-Debatte wiederholt unsere Kritik an der Weltmarkt-orientierung und Preissenkung vorgebracht, doch sind damit nicht bis zum Berliner Regierungsgipfel durchgedrungen. Wer anderes erwartet hat, hat die Kräfteverhältnisse unzureichend eingeschätzt.

Aber die AbL hat sich in der Agenda-Diskussion nicht allein auf die Kritik beschränkt, sondern die Agenda differenziert betrachtet und versucht, die in den Kommissionsvorschlägen ebenfalls vorhandenen – wenn auch kleinen – positiven Ansätze offensiv zu nutzen. Wir haben uns damit in Politik und Medien Gehör verschafft, doch die Regierenden haben ihre starre Haltung auch in diesen Punkten nicht aufgegeben. Sie haben sich nicht dazu durchringen können, EU-einheitliche Regeln für die Berücksichtigung von Arbeit und Umwelt vorzugeben.

Sie haben die Kompetenz in diesem Bereich an die einzelnen EU-Mitgliedstaaten abgetreten; die Beschlüsse sehen vor, daß auf nationaler Ebene entsprechende Regelungen getroffen werden. Dieses durchzusetzen ist nun Aufgabe der AbL und der ihr verbundenen Kräfte. Bisher zeigt das Bonner Ministerium keine Anzeichen, hier längst überfällige neue Wege einzuschlagen.

Unsere Aufgabe

Wir sind damit mitten drin in der Auseinandersetzung um den sinnvollen wirtschaftlichen Weg in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum. Und mitten drin in der Auseinandersetzung um die Ratschläge der Betriebswirtschaftler, die nach Verabschiedung der Agenda wieder Hochkonjunktur ha-



Auf ein Frühlingserwachen in Bonn!

Bisher setzt das Bonner Ministerium keine Zeichen in Richtung einer neuen Agrarpolitik. - Raus aus der Winterstarre und hinein in eine nationale Umsetzung der Agenda 2000, die die Betriebe auf dem Weg zu vielfältigen Märkten unterstützt, das fordern Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Georg Janßen

ben und erneut auf „Wachsen oder Weichen“ setzen.

Die neuesten Investitionsempfehlungen in „top agrar“ zu befolgen heißt das Aus für mehr als jeden zweiten Milchviehbetrieb im Allgäu. Und wenn in der norddeutschen „Land und Forst“ ein Betriebswirtschaftler von 1 Mio. kg Milchquote schwärmt nach dem Motto „ab da wird es erst richtig interessant“, dann wird das die Masse der Grünlandbetriebe in Ostfriesland oder in der Wesermarsch völlig überfordern, d.h. ins Aus drängen. Diese Größenordnungen lassen auch im Norden der Republik nur wenigen Betrieben eine Perspektive.

Für einen sehr kleinen Teil der Betriebe kann die Rohstoff-Produktion für den Weltagrarmarkt zu Niedrigprei-

sen eine interessante Perspektive sein. Möglicherweise. Nur, wer für den Weltmarkt produzieren will möge dies tun, aber dann ohne staatliche Unterstützung.

Was aber bleibt für die große Mehrheit der Betriebe? Hoffen auf gute Preise, die die Politiker aus Brüssel oder Berlin beschließen sollen? Und wenn dies nicht eintrifft – auf Subventionen setzen? Bei der bevorstehenden Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten und die Haushaltsschieflage in Deutschland und in Europa sind dies vergebliche Hoffnungen. Was dann?

Es geht um eine politische und praktische Orientierung für die Mehrzahl der bäuerlichen Betriebe. Der volkswirtschaftlich und betriebswirtschaft-

lich vernünftige Weg ist die Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel für den europäischen Binnenmarkt und für die regionalen Märkte. Das heißt nicht für jeden Betrieb Hofladen, Direktvermarktung oder Wochenmarkt.

Das heißt vielmehr, für politische Rahmenbedingungen zu sorgen, die wirtschaftlich den Betrieben eine Perspektive ermöglichen und die die Wertschöpfung durch Berücksichtigung von Arbeit und Umwelt im ländlichen Raum erhöhen. Wir brauchen keine Förderung für Rationalisierungsmaßnahmen, d.h. Abbau von Arbeitsplätzen. Was wir brauchen ist eine Förderung der Phantasie und Innovationsfreude der Menschen auf der Suche nach Wegen, um mit einer Qualitätserzeugung in Verbindung mit Verarbeitung und Vermarktung höhere Preise am Markt zu erzielen. Nordrhein-Westfalen geht in die richtige Richtung mit der Vorrangförderung für artgerechte Tierhaltung, z.B. Strohaufstallung, die mehr Arbeit auf die Höfe bringt. Das

alleine genommen schafft noch keine höhere Wertschöpfung, sondern erst in Verbindung mit dem Aufbau einer besonderen Verarbeitung und Vermarktung, die diese artgerechte Tierhaltung über den Preis honoriert, wird dies erreicht. Daher ist eine Ergänzung durch eine Förderung für die regionale Vermarktung, wie sie in Nordrhein-Westfalen angeboten wird, notwendig.

Für die Bauern und Bäuerinnen heißt daß: Nicht andere an der Landwirtschaft verdienen lassen, sondern selbst oder gemeinsam in Erzeugerzusammenschlüssen Marktzugänge suchen und sichern. Wir brauchen Wettbewerb um Qualität und Märkte mit ausreichend kostendeckenden Preisen. Um diesem Ziel näher zu kommen,

AbL-Papier zur Umsetzung der Agenda 2000

Der AbL-Vorstand hat ein Papier zur Umsetzung der Agenda 2000 vorgelegt, aus dem wir einige Vorschläge dokumentieren:

Mehr soziale Gerechtigkeit. „Die in der Agenda 2000 vorgesehene Möglichkeit der Kürzung von Direktzahlungen bis zu 20 % ist folgendermaßen umzusetzen: Bis zu einem Prämienanspruch von 60.000 DM je Betrieb erfolgt kein Abzug der Direktzahlungen. (Über 90 % der Betriebe in der EU liegen unter 60.000 DM Prämiensum-

me.) Um Arbeitsplätze auf den Höfen zu sichern und zu schaffen, haben Betriebe die Möglichkeit, ihre sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten zu 50 % in Ansatz zu bringen. Die AbL schlägt deshalb vor, daß die 20 %ige Kürzung der Direktzahlungen erst für die Prämiensumme einsetzt, die 60.000 DM plus die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten übersteigt.“

Grünlandförderung. „Die AbL schlägt vor, daß der von den Mitglied-

staaten individuell gestaltbare Anteil der Preisausgleichszahlungen dazu verwandt wird, die gegenüber dem prämienebegünstigten Silomais benachteiligte Grünlandnutzung durch Milchkühe zu fördern. Dazu wird eine Hektarprämie eingerichtet, die nur für das Grünland gezahlt wird, welches zur Milcherzeugung genutzt wird. Zur pragmatischen Begrenzung werden vom jeweiligen Betrieb gehaltene Milchkühe herangezogen, indem der Betrieb für jeden Hektar Grünland, für

den er Prämie beansprucht, mindestens eine gehaltene Milchkuh nachweisen muß. Auf Grund des geringen Umfangs und der zeitlich verzögerten Einführung der Preisausgleichszahlung bei Milch muß im Rahmen der 2. Säule der Agenda 2000 und der flankierenden Maßnahmen gem. EU-VO 2078 außerdem ab sofort eine allgemeine Grünlandprämie installiert werden, die umfassend soziale, ökologische und regionale Komponenten (...) berücksichtigt.“

Das AbL-Papier ist zu bestellen bei der AbL, ☎ 05242-48476, Fax: -47838, oder ☎ 04131-407757, Fax: -407758.

brauchen wir mehr soziale Gerechtigkeit in der Agrarpolitik. Deshalb fordert die AbL, bei der Möglichkeit der Prämienkürzung um bis zu 20 % im Rahmen der nationalen Umsetzung der AGENDA 2000, die bäuerlichen Betriebe von der Kürzung auszunehmen (bis 60.000 DM Ausgleichszahlungen pro Betrieb) und darüberhinaus die Kürzung erst für die Prämiensumme einsetzen zu lassen, die 60.000 DM plus die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Lohnkosten übersteigt, um somit dem Faktor Beschäftigung eine wichtige Bedeutung zukommen zu lassen.

Wenn unser Nachbarland Frankreich Arbeit und Umwelt in der Landwirtschaft fördert, dann sollte auch eine rotgrüne Bundesregierung den agrarpolitischen Mut aufbringen und die Rahmendingungen dafür setzen.

Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel sollen einfließen in Programme zur Sicherung von Arbeit und Umwelt im ländlichen Raum, also in die oben genannte Innovationsförderung.

Grünland stärken

Bei der Milch vertritt die AbL die Auffassung, daß durch falsche Beschlüsse auf der Berliner Regierungskonferenz – keine Prämien für Milchkühe, keine Prämie für das Grünland, aber Mengenausdehnung mit zu erwartendem Preisdruck – erhebliche Turbulenzen auf die Milchviehhaltenden Betriebe zukommen werden.

In der schwierigen Situation vieler Milchviehbetriebe auf Grünlandstandorten darf sich ein Landwirtschaftsminister nicht hinstellen und sagen, die Grünlandprämie sei zwar wünschenswert, aber nicht durchsetzbar (Minister Funke im Bauernstimme-Interview 5/99). Die Silomaisprämie war nicht wünschenswert und wurde doch politisch durchgesetzt. Bei der jetzigen Regelung sind die bäuerlichen Milchviehbetriebe auf den Grünlandstandorten wie schon nach der 92er EU-Agrarreform die erneuten Verlierer. Wenn man die Grünlandprämie politisch

wirklich will, kann man sie durchsetzen. Sie ist für die Erhaltung der Kulturstandorte in Grünlandregionen dringend erforderlich.

Bei der Reform der Milchquotenregelung sind wir für ein Lieferrecht ab 1.4.2000; freiwerdende Milchmengen sind dann nicht mehr zu verpachten oder zu verkaufen. Sie werden über einen staatlichen Pool an die aktiven Milcherzeuger verteilt.

Die sogenannte neue 2. Säule der Agrarpolitik – die Politik zur Stärkung und eigenständigen Förderung des ländlichen Raums – wird von der AbL ausdrücklich begrüßt. Wir sehen jedoch die Gefahr, daß sie zur Rationalisierungsförderung, die den Strukturwandel beschleunigt und Arbeit und Umwelt weiter ins Abseits drängt, mißbraucht wird. Hierauf setzt die Bauernverbandsspitze – die AbL muß dagegen die Unterstützung der bäuerlichen Qualitätserzeugung als Rückrad einer zukunftsweisenden Entwicklung der ländlichen Räume herausstellen.

Man kann ja darüber streiten, ob die AbL „jetzt dran ist“, einen „Spalt in der Tür der politischen Macht“ geöffnet hat oder außen vorsteht, und feststellen – wie viele kritische Menschen mittlerweile sagen: „Die neue Regierung ist auch nicht besser als die alte“. Dies alles entbindet uns aber nicht davon, alles für die Existenz und Perspektive unserer Höfe zu tun und uns zusammen mit den Berufskollegen und den Verbrauchern für eine qualitätsorientierte, umwelt- und tiergerechte Lebensmittelherzeugung in lebendigen ländlichen Räumen einzusetzen. Die Spitze des Deutschen Bauernverbandes nimmt diese Aufgabe nicht wahr – sie hat andere Interessen. Die AbL wird es tun müssen. Natürlich braucht die AbL dazu die inhaltliche Zuarbeit und finanzielle Unterstützung vieler Menschen. Dies fordern wir nachdrücklich ein.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender, und Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer

KURZES AM RANDE

Frankreich gleicht Prämien an

In Frankreich greift ab der neuen Ernte ein neues Schema für die Berechnung der Flächenprämien, wonach die regionalen unterschiedlichen Prämienhöhen angeglichen werden. Während die seit der 92er Agrarreform gezahlten Ausgleichszahlungen bislang zu einem Drittel von dem landesweiten Referenzertrag und zu zwei Dritteln von den Erträgen in den einzelnen Departements abhingen, werden landesweite und regionale Referenzerträge in Zukunft gleichwertig berücksichtigt, so daß die Prämien in ertragreichen Regionen nicht mehr ganz so hoch ausfallen und in ertragsschwächeren Regionen angehoben werden. Das soll zu einer „gerechteren Verteilung der Prämien“ beitragen. Diese Änderung ist ein Baustein in der angestrebten Neuausrichtung der französischen Agrarpolitik. pm

BUND: Sorgt für Agrarumweltprogramme

Der BUND hat die Bundesländer aufgefordert, genügend Landesmittel für die Agrarumweltprogramme, die im Zuge der Umsetzung der Agenda 2000 neu geordnet werden, zur Verfügung zu stellen. Die EU stockt jede Mark, die Deutschland für Agrarumweltmaßnahmen bereitstellt, um 100 % auf. Brüssel habe seine Mittel hierfür auf 1,3 Milliarden Euro pro Jahr erhöht. „Es kommt nach dem Beschluß zur Agenda 2000 darauf an, daß Bund und Länder wenigstens die Chance nutzen, um zielgerichtete Umweltprogramme vorzulegen und höhere Haushaltsmittel bereitzustellen“, sagte Prof. Dr. Hubert Weiger, agrarpolitischer Sprecher des BUND. Etikettenschwindel zur Förderung konventioneller Landwirtschaft aus Agrarumweltprogrammen wie nach der Reform 1992 dürfe es nicht mehr geben. Der BUND fordert eine Konzentration der Haushaltsmittel für Agrarumweltmaßnahmen auf den ökologischen Landbau und auf Maßnahmen, die „spürbare Umwelteffekte“ auslösen. pm

Agenda- Spielraum offensiver nutzen

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) und die Umweltstiftung WWF-Deutschland haben Bund und Länder aufgefordert, den Spielraum, den die Agenda 2000 für den ländlichen Raum bietet, offensiver zu nutzen. Insbesondere die Verordnung für den ländlichen Raum muß nach Ansicht der Verbände im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung genutzt werden. Agrarumweltprogramme, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und regionale Entwicklungsprogramme könnten hier wichtige Impulse geben. DVL und WWF forderten eine deutliche finanzielle Ausweitung und regionale Flexibilisierung der Agrarumweltprogramme, die Landwirten besondere Umweltleistungen honorieren. „Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß über diese Programme bei entsprechenden finanziellen Mitteln, regionaler Ausgestaltung und qualifiziertem Management vor Ort erhebliche positive Effekte für die Natur sowie das Verhältnis zwischen Naturschutz und Landwirtschaft zu verzeichnen sind“, so DVL-Vorsitzender Josef Göppel, MdL (CSU) in Bayern. Zentrale Bedeutung messen die Verbände auch der Zusammenführung der unterschiedlichen Einzelmaßnahmen – von der einzelbetrieblichen Investitionsförderung bis zur Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete – zu einem Entwicklungsprogramm pro Region bei. Damit biete sich die Chance, jeweils spezifische regionale Schwerpunkte zu setzen. pm

Personen und Persönliches

Bundeslandwirtschaftsminister **Karl-Heinz Funke** hat **Wolfgang Apel** zur Wiederwahl als Präsident des Deutschen Tierschutzbundes gratuliert, dem Apel seit 1993 vorsteht. In seinem Glückwunschsreiben führte Funke aus, daß die Bundesregierung national und europaweit für verbesserte gesetzliche Grundlagen beim Tierschutz eintrete. Funke hoffe auf die Unterstützung des Tierschutzbundes, wenn es darum gehe, die zum Teil sehr weit auseinanderliegenden Positionen der EU-Länder zusammenzuführen.

Thomas Dosch ist von der Biolan-Deligiertenversammlung in Fulda in den Bundesvorstand gewählt. Der 39jährige Agraringenieur ist für die Bereiche Marketing und Verarbeitung sowie für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Er teilt sich das Hauptamt mit **Ulrich Proflingheuer**, seit Januar 1998 Biolan-Vorstand. Dosch war zuletzt Geschäftsführer der Landesvereinigung ökologischer Landbau Bayern.

Walter Kress aus Baden-Württemberg, **Felix Prinz zu Löwenstein** aus Hessen und **Hans Peter Hansen** aus Schleswig-Holstein sind zum Naturland-Präsidium gewählt worden. Sie lösen damit **Dr. Peter Manusch** und **Henning Untied** ab, die nicht wieder kandidierten.

Grüne fordern Grünlandaufschlag

Landwirtschaftsminister Funke ist von Grünen AgrarpolitikerInnen aufgefordert werden, die nationalen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Agenda 2000 im Sinne der Förderung von Beschäftigung, Umwelt- und Tierschutz sowie regionaler Verarbeitung und Vermarktung zu nutzen. Im Namen der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Agrarpolitik“ der Partei fordern **Ulrike Höfken** MdB, **F. W. Graefe** zu Baringdorf MdEP und **Thomas Griese**, Staatssekretär in Düsseldorf, in einem Brief an Funke u.a. die Einführung einer Förderung zugunsten des Grünlandes. Dazu solle der Teil der EU-Ausgleichszahlungen im Rindfleischbereich verwendet werden, der in nationaler Verantwortung verteilt werden muß. Funke hatte das im Interview

mit der Bauernstimme mit der Begründung abgelehnt, diese Gelder von ca. 170 Mio. DM reichten gerade mal aus, um 30 DM pro ha Grünland zu geben. Die Grünen erkennen das Problem und schlagen vor, das Grünland nicht direkt, sondern indirekt zu fördern, und zwar als Aufschlag auf die Rinder-Schlachtpremie, allerdings nur für Betriebe, die mindestens 0,5 ha Grünland pro Großvieheinheit bewirtschaften. Auch die in nationale Verantwortung fallenden Anteile der Milchprämien ab 2005 sollen in dieser Form an das Grünland gebunden werden.

uj

Schulen zur Schulmilch zwingen?

Schulen in Mecklenburg-Vorpommern sollen per Änderung des Schulgesetzes verpflichtet werden, den Schülerinnen und Schülern Schulmilch anzubieten. Dieses Ziel verfolgt der Schweringer Landwirtschaftsminister Till Backhaus. „Vor der Wende haben weit über die Hälfte aller Schüler Milch in der Schule getrunken. Heute sind dies gerade mal 20 %“, klagte der Minister. Dabei stehe der Wert der Milch für die Ernährung und das Wohlbefinden der Schüler insgesamt wohl außer Zweifel. Die Erfahrung der letzten Jahre hätten aber gezeigt, daß auf der Basis von Freiwilligkeit nicht viel passiere. „Wenn man immer von vornherein auf die Hindernisse verweist, bewegt man überhaupt nichts“, so Bick. Anders sieht das der neue hessische Minister Wilhelm Dietzel. Er will die Schulen zum Milchangebot durch einen Brief motivieren, der von hessischen Landesministerien unterschrieben werden soll. Außerdem soll in Hessen zukünftig Schulmilch nicht mehr nur in Mehrwegbehältern, sondern auch in Einwegverpackungen angeboten werden dürfen, und zwar nun auch H-Milch. *uj*

Brüssel will Schulmilchbeihilfe kürzen

Die Brüsseler EU-Kommission will anscheinend Haushaltsmittel für die Absatzförderung von Milch sparen, unter anderem auch die Schulmilchbeihilfe. In ihrem Haushaltsentwurf schlägt die EU-Kommission vor, den Mittelansatz für die Schulmilchbeihilfe im Jahr 2000 gegenüber 1999 um die Hälfte zu streichen. Dieser Streichung müßte der EU-Agrarministerrat zustimmen. Bisher unterstützt die EU jeden verkauften Liter Schulmilch mit 58 Pfennigen. *uj*

Milch konserviert ausgeschlagene Zähne

H-Milch soll künftig in australischen Schulen und Sporteinrichtungen zum Erste-Hilfe-Set gehören, um ausgeschlagene Zähne zu retten. Denn Forscher der Universität Queensland haben festgestellt, daß Proteine und antibakterielle Stoffe in der Milch dafür sorgen, daß ausgeschlagene Zähne nicht – wie normal – nach 15 Minuten absterben, sondern einen ganzen Tag überleben. Zeit genug also, um sie wieder in den Kiefer einzupflanzen. Die Milch macht's möglich... *en*

Zuchtziel Gesundheit vernachlässigt

Die moderne Rinderzucht ist zu einseitig auf Leistung ausgerichtet, auf Merkmale wie Gesundheit, Fruchtbarkeit oder Kalbeverlauf wird zu wenig geachtet. Diese Kritik hat laut top agrar der Tierzucht-Wissenschaftler Dr. Reinsch von der Uni Kiel geäußert und in diesem Zusammenhang auf die starke Zunahme der Abgangsrate von 29 Prozent (1970) auf 43 Prozent (1997) hingewiesen. Ein Forschungsprojekt soll jetzt ermitteln, wie verschiedene Gesundheitsmerkmale in die Zuchtwertschätzung einfließen können. *en*

Fördert Krafftutter Krankheitserreger?

Eine intensive Tierhaltung könne durch die Verbreitung krankmachender Coli-Bakterien weitaus mehr Risiken für Verbraucher in sich bergen als bisher angenommen, fürchtet der agrarpolitische Sprecher der bayerischen Landtagsfraktion der Grünen, Johann Schammann. Forschungen in den USA belegten, daß die Konzentration von E. Coli O157:H7 im Kot von Rindern, die eine getreidereichere Futtermittelration erhalten, stark erhöht sei. Diese Fütterung hoher Anteil von Getreide oder Krafftutter sei nötig, um bei Kühe hohe Milchleistungen oder bei Mastbullen ein schnelles Wachstum zu erzielen. Dagegen wiesen Tiere, die ausschließlich mit Heu oder Gras gefüttert würden, weitaus geringere Konzentrationen dieses E. coli Stammes im Kot auf. E. Coli O157:H7 sei der wichtigste Vertreter der Gruppe der EHEC-Bakterien, die neben Darmerkrankungen auch schwere Krankheitsbilder bis hin zum Tod verursachen könnten. Allein in Bayern seien vom Landesuntersuchungsamt für das Gesundheitswesen in den letzten zweieinhalb Jahren über 900 EHEC-Infektionen gemeldet worden. Schammann hat die bayerische Staatsregierung um rasche Aufklärung des Sachverhalts und der vermuteten Zusammenhänge aufgefordert, *pm*

Ausverkauf

„Ausverkauf in Tschechien hält an“ vermeldet die Lebensmittel-Zeitung und berichtet, daß nunmehr auch das letzte einheimische Handelsunternehmen in der Tschechischen Republik in die Hand ausländischer Handelskonzerne übergegangen ist. *en*

KURZES AM RANDE

Agrarindustrielle Bioproduktion

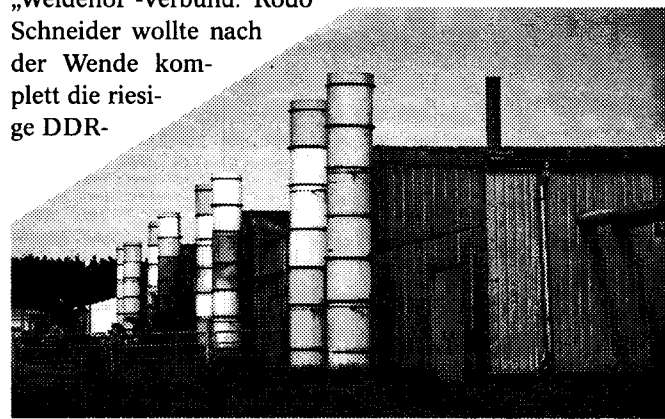
„Weidehof“ mit „Preisen, die niemand unterbieten kann“

Über die Produktion von 15.000 Bio-Rindern auf 13.000 Hektar Fläche berichtete kürzlich die Lebensmittelzeitung in einem Länder-Report zu Mecklenburg-Vorpommern: In der Erzeugergemeinschaft „Weidehof“ mit Sitz in Hohenwangelin haben sich neun Großbetriebe zusammengeschlossen, die vor allem Großabnehmer wie HIPP, Rewe, Tengelmann und Edeka beliefern. „Weidehof“-Geschäftsführer Dr. Mitschka strebt nach eigener Aussage die „Kostenführerschaft“ im Biosektor an und kalkuliert deshalb mit „Preisen, die niemand unterbieten kann“.

Den Kontakt zu den Großen im Lebensmittelhandel pflegt demnach der ehemalige Manager des Moxel-Fleischkonzerns, Rodo Schneider, jetzt der Größte im „Weidehof“-Verbund. Rodo Schneider wollte nach der Wende komplett die riesige DDR-

Rindermastanlage „VEB Kombinat Industrielle Mast Hohen Wangelin“ (mit 25.000 Mastplätzen) übernehmen. Das unpopuläre Vorhaben scheiterte zunächst am Einspruch des damaligen Landwirtschaftsministers Kiechle, schließlich aber bekam doch Schneiders Sohn Ralf den Zuschlag von der Treuhand für 10.000 Mastplätze. Angesichts solch agrarindustriellen Verflechtungen ist es verständlich, wenn „Weidehof“-Geschäftsführer Dr. Mitschka in der Lebensmittelzeitung betont, er wolle „nicht nur Bio als das einzig Richtige“ hinstellen, denn in Hohenwangelin würden Bullen und Schweine auch noch „ganz konventionell“ gezüchtet, allerdings „mit CMA-Prüfsiegel“. Agrarindustrielle Massentierhalter als Bio-Produzenten – für die

Glaubwürdigkeit des Ökologischen Landbaus und seine Absicherung gegenüber den Skandalen aus der Agrarindustrie sicherlich nicht ohne Risiko... *gf*



Eine Stalleinheit in der Rindermast-Anlage Hohen Wangelin, wo der Agrarindustrielle Schneider Rinder mästet.

Streit um Antibiotika

Kongreß zu Gesundheitsgefahren der Intensivtierhaltung

Eine Veranstaltung der Bundesärztekammer zur Intensivtierhaltung in Hannover hat zu einer scharfen Auseinandersetzung geführt. Bauernverband, Bundeslandwirtschaftsministerium, Bundestierärztekammer und der Verband der Geflügelwirtschaft sagten kurzfristig ihre Teilnahme ab. Sie fühlten sich durch eine Pressekonferenz der Ärztekammer vorverurteilt, weil dort die gesundheitlichen Gefahren durch Salmonelleninfektionen und Antibiotikaresistenz einseitig als Folge der Intensivtierhaltung dargestellt worden seien. Dadurch werde von Fehlentwicklungen beim Antibiotikaeinsatz in der Humanmedizin abgelenkt.

Dagegen verwahrten sich die Vertreter der Ärzteschaft: Es habe wohl auch in der Humanmedizin eine übermäßige Anwendung von Antibiotika gegeben, aber gerade durch die Gesundheitsreform werde jetzt gezielt und genau dosiert. Vor allem aber würden die Ärzte die Antibiotika nicht einsetzen, um ihren Gewinn zu steigern. Der ungezielte prophylaktische Antibiotika-Einsatz in der Tiermast hinge-

gen lasse befürchten, daß resistente Krankheitskeime auf den Menschen übertragen werden.

Das Ärztekammer-Forum fand trotz der Absagen statt. Dr. Behrends, Leiter des Gesundheitsamts Hannover, wies auf drei Gefahrenquellen der Intensivtierhaltung hin: Gase und Stäube in den Großställen führten zu Atemwegserkrankungen bei Mensch und Tier im Stall und evt. auch bei Anrainern, zu hohe Güllemenngen gefährdeten Boden und Grundwasser, durch den Einsatz von Antibiotika und Leistungsförderern würden Erreger auch in der Humanmedizin resistent. Professor Tschäpe vom Robert-Koch-Institut stellte einen Zusammenhang zwischen der hohen Zahl von Lebensmittelvergiftungen und der Anwendung von Antibiotika in der Tierhaltung her. Er forderte die Umstellung der Nutztierhaltung auf Methoden, die mit geringerem Pharmazeutika-Einsatz auskämen. In Skandinavien habe man diesen Weg schon vor längerer Zeit beschritten, dort gebe es heute kein Salmonellen-Problem. *en*

Meine Frau steht am Fenster, blickt auf die Straße und sagt: „Da fahren sie wieder.“

Betriebsspiegel

616 m NN; 1.100 mm Jahresniederschlag.

39 ha LN, davon 15 ha Pacht; 4 ha Silomais, 4 ha Klee gras, 4,5 ha Jungviehweiden, 26,5 ha Dauergrünland, 3,7 ha Waldfläche.

Im Kuhstall werden gehalten: ca. 45 Schwarzbuntkühe, ca. 55 Jungvieh.

Der Betrieb von Familie Sirch, liegt im Allgäu bei Memmingen im Illertal (das Bild zeigt das Illertal an anderer Stelle).

„Sie“, das sind 10-12 Autos, die hintereinander den Berg herunterfahren. Es ist Freitagmittag, und die Arbeiter aus den umliegenden Dörfern kommen aus der Kreisstadt und fahren ins freie Wochenende.

Der Blick aus dem Fenster ist zuweilen ein sehnsüchtiger, auch von mir, besonders bei schönem Wetter. Auch wir auf unserem Bauernhof mit Milchviehhaltung hätten ganz gute Ideen, was man an einem Wochenende alles

anfangen könnte. Die Realität sieht meistens anders aus, vor allem bei schönem Wetter.

Man wendet sich ab vom Fenster und tröstet sich ein wenig in Gedanken: Was solls, ich bin sowieso nicht der Typ, der jedes Wochenende sein Auto wäscht, oder mit dem Heißluftföhn zwischen den Knochensteinen vor der Garage auf Unkrautjagd geht. In der Fabrik möchte ich auch nicht arbeiten, ... unsere Kinder haben ein schönes

Aufwachsen auf unserem Hof, wir sind unser eigener Herr, ... und und und – wissen wir ja alles. Man muß es sich nur manchmal vorsagen. In letzter Zeit aber immer häufiger. So ein Bauernhof im Allgäu, das ist nicht das Schlechteste auf dieser Welt. Aber auch hier müssen ein paar Eckdaten stimmen. Und ich deute mal an, sie stimmen nicht mehr. Agendabeschlüsse, Strukturwandel ohne Ende, kein Lichtblick von Berufsvertretung oder Politik. Würde man nur nach seinem Verstand entscheiden, müsste man lieber heute als morgen zusperren. Andererseits, Verstand ist nicht alles, so leicht gibt man nicht auf – noch nicht. Mein Kampfeswille ist unterschiedlich, er ist abhängig von meiner Tagesform oder von meinem letzten Kontoauszug.

Einfache Sachzwänge dürfen auch nicht übersehen werden. Man hat investiert in diesen Betrieb und würde es auch weiterhin tun, die Frage ist, ob man es überhaupt noch kann oder wie lange noch? Sich anstrengen, na klar! Aber die Phasen, wo man den Kopf einfach nicht frei bekommt, nehmen zu.

Daß Arbeit von trüben Gedanken ablenken kann ist wohl gut so, aber sie darf einen nicht blind machen ...

So werden wir noch manches Mal aus irgendeinem Fenster schauen – und nachdenken.

Bernhard Sirch, 39 Jahre

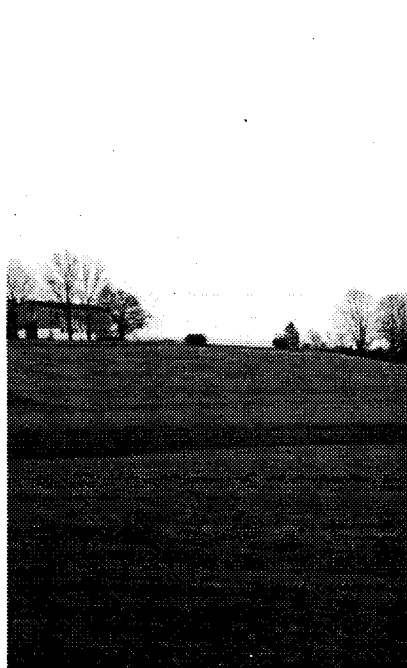
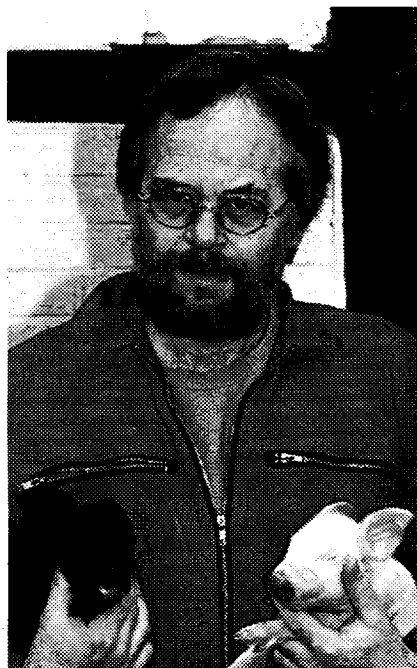
Da fahren sie wieder!

Spezialberater für Schweinehaltung wundern sich immer wieder, warum Ferkelerzeuger und Mäster zur Zeit nicht klagen. Dabei hätten sie allen Grund, denn die Preismisere hält schon seit einem Jahr an. Vielleicht liegt es daran, daß es für Schweinehalter – außer Frau und Kindern – niemanden gibt, der sich die Klagen anhört. Die Politiker halten sich weitgehend aus dem Schweinemarkt heraus. Möglicherweise sei es allein Gott geklagt.

Daß das helfen könnte ist sogar die Meinung eingefleischter Schweinemarktwissenschaftler. Denn die Rettung verspricht ein Wettergott, der im Sommer ein Azorenhoch nach dem anderen schickt. Dann wird nämlich gegrillt. Ganze Eigenheimsiedlungen sind eingehüllt in Holzkohle- und Bratwürstchenduft.

Es wird unter Umständen nicht mehr lange dauern, bis auf einem Umweg der Staat in den Schweinemarkt eingreift und Grilltermine reglementiert. In der vergangenen Woche ging ein Aufschrei durch die Nation, weil angeblich in Thüringen das Würstchenbraten eingeschränkt werden sollte. Nachher stellte sich heraus, daß es nur eine Gedenkveranstaltung zum Goethejahr in Weimar betraf.

Grillen bedeutet zusätzlichen Fleischverzehr und wenigstens einen Teilabbau der Lagerbestände von ca. 220.000 t Schweinefleisch. Solange der Markt diesen Berg vor sich herschiebt, wird es keine nennenswerte Preiserhöhung geben. Die Preisnotierung für unsere Ferkel liegt seit Wochen bei 60 DM/25 kg. Mit Gewichts- und Qualitätszuschlägen erhalten wir für ein 30-kg-Ferkel 78 DM, während allein die variablen Kosten ca 65 DM betragen und die Gesamtkosten 105 DM (nach Berechnungen der Rheinischen Erzeugergemeinschaft für Qualitätsferkel; incl. Arbeitskosten von 25 DM/Std.)



Hoffnung auf Grillsaison

Vor Ort in den Schweineerzeugerbetrieben sind die Wirtschaftsberater noch mit Liquiditätsberechnungen und Schuldenberatung ausgelastet. In den Zentralverwaltungen wird bereits wieder in die Zukunft gedacht. Die Oberberater planen jetzt „das richtige“ Wachstum trotz Preistief und warnen, „Marktanteile nicht den Nachbarn zu überlassen“. Mit den Nachbarn sind natürlich die „bösen“ gemeint, die Holländer und die Dänen, nicht die „guten“ in anderen deutschen Schweineregionen oder die, die vielleicht 800 m entfernt wohnen. Die marktpolitischen Argumente hören sich oft an, als wären sie einem Rüstungsarsenal entnommen. „Kampf um Marktanteile“ und „Veredlungsoffensive“ haben uns ein Produktionsvolumen bei Schweinen von 106 % beschert. Das muß jetzt teuer bezahlt werden. Nationalismen sollen da den Durchhalte- und Kamp-

feswillen stärken.

Fraglich ist, ob die Signale zur rechten Zeit kommen. Besonders in diesen Wochen sind Ferkel fast nicht zu verkaufen. Die Preise fallen nicht einmal, weil das an der Situation nichts ändern würde. Es scheint, als ob – allen Prognosen zum Trotz – die Mäster die Lust verloren habe. Gewiß liegt es teilweise auch daran, daß die Futtermittel zur Neige gehen.

Letztlich ändern weder Grillwetter noch hin und wieder ein kleines Exportgeschäft etwas an der Tatsache, daß die Schweinebestände zurückgefahren werden müssen. Das ist bislang kaum geschehen. Die Viehzählungsergebnisse sind ein Hinweis darauf. Bei steigenden Bestandseinheiten verläuft dieser Prozeß sehr langsam. Ein Großbetrieb verringert nicht sein Produktionsvolumen. Er versucht durchzuhalten – und wenn es bis zum bitteren

Betriebsspiegel

35 ha Acker (Mais, Getreide), 120 Sauen,

400 Mastplätze in Ostwestfalen.

Günther und Ulrike haben 4 (fast) erwachsene Kinder, 2 absolvieren gerade eine landwirtschaftliche Ausbildung, auf dem Betrieb sind 2 Auszubildende, Ulrike arbeitet nicht in der Außenwirtschaft mit.

Ende geht. Und selbst dann wird seine Stallkapazität häufig von einem anderen übernommen.

Manche Expansionen sind aber auch nur schwer verständlich. Im Vergleich zum Vorjahr hat Spanien den Sauenbestand um 10 % aufgestockt – angeblich gibt es dort Unternehmen, die ihr Schwarzgeld vor der Einführung des Euro unterbringen wollten.

Günther Völker, 56 Jahre

Supermarktbio ohne Demeter

Demeterprodukte wird es ab demnächst nur noch im Naturkosthandel sowie in Hofläden geben. Mit diesem „Fachhandelsbeschluß“ will der biologisch-dynamische Anbauverband ein Zeichen für Exklusivität in Zeiten von „Bio-in-die-Supermärkte“ und bundesweit einheitlichem Ökoprüfzeichen setzen. In Supermärkten verkaufte Produkte von biologisch-dynamisch wirtschaftenden Betrieben werden nicht mehr als solche erkennbar sein. Gleichzeitig soll der Anteil der Demeter-Produkte im Fachhan-

„Wir Bauern brauchen eine politische Strategie für den Biomarkt“

Auf dem Biomarkt zeichnen sich deutliche Umbrüche ab: Preisverfall für einzelne Bioerzeugnisse, der Einstieg großer und kleiner Handelsketten („Supermärkte“) in die Biovermarktung und das Auftreten einzelner rein preisstrategisch organisierter Vermarktungsgruppen und Bio-Betriebe. Kleinere und nicht allein nach Kosteneffizienz organisierte Biobetriebe sehen sich zunehmend unter Druck gesetzt und drohen Marktanteile zu verlieren. Andrea Fink-Keßler hat mit Dietmar Groß, Biolandwirt aus Hessen, über die Verantwortung der Verbände angesichts der aktuellen Tendenzen auf dem Biomarkt und über neue Strategien in der Vermarktung ein Gespräch geführt.

Andrea Fink-Keßler: Dein Betrieb beliefert seit zwei Jahren die in Hessen und Nordbayern vertretene Handelskette „tegut..“ mit Bioschweinen und Feldgemüse. Wie sind Deine Erfahrungen?
Dietmar Groß: Der Einstieg von tegut.. in die Biofleischvermarktung hat für uns die Möglichkeit eröffnet, die Schweinehaltung in den vorhandenen Gebäuden überhaupt wieder in nennenswertem Um-

humuszehrenden Kulturen wie Kartoffeln und in unserem Fall Blumenkohl und Brokkoli anzubauen. Durch die bestehenden Kontakte können wir letztere auch über tegut.. vermarkten.

Das klingt sehr optimistisch. Ist Deine Erfahrung mit dem Lebensmitteleinzelhandel aus verallgemeinerbar?

Nach meiner Beobachtung und Kenntnis

sönliche Verbindung mit den Verantwortlichen hat bislang dazu geführt, daß Markteroberungsversuche von nord-, ost- und süddeutschen Vermarktungseinrichtungen im Schlachtschweinebereich mit Dumpingspreisangeboten nicht greifen konnten.

Im Eier- und Geflügelfleischbereich ist aber bei tegut.. nicht viel von Regionalität zu sehen. In den Regalen liegen Freilauf- und Bioeier von „Bauer Tiemann“, einem lange schon im konventionellen Geschäft tätigen Vermarkter Süddoldenburgs. Meines Wissens bindet er Eierproduzenten mit Unterverträgen an sich.

Das bedauere ich auch sehr. Die regionalen Herkunft ist leider nicht das einzige Argument. Bei Eiern spielen Liefersicherheit und Preisniveau offensichtlich eine sehr große Rolle. Und wenn das regionale Vergleichsangebot zwischen 5 bis 7 Pfennig pro Ei teurer ist und die Liefermengen zudem nicht gewährleistet werden können, dann kommen die regionalen Anbieter nicht zum Zug.

Regionalität ja, aber sie darf nichts kosten?

Die Spielräume für höhere Preise vergleichbarer Produkte und Leistungen aus der Region sind eng. Bezogen auf die Eier nehme ich an, daß bis zu 10 Prozent auf den Erzeugerpreis bei Abnehmern wie tegut.. toleriert wurden, mehr nicht. Auch der Naturkostgroßhandel wird nicht anders verfahren. Prinzipiell jedoch zeigt dieses Beispiel, daß auch im Biobereich die Marktgesetze voll greifen.

In anderen Segmenten des Biomarktes bahnen sich ebenfalls Produktionsweisen an, die einen massiven Preisverfall und Strukturwandel zur Folge haben werden:

Das sind zum Beispiel hochspezialisierte und technisierte Gemüseanbaubetriebe mit nur noch wenigen Kulturen, die Masse zu konkurrenzlosen Bedingungen auf den Markt werfen können.

Bei einer Recherche über Bio-Putenfleisch-Erzeugung habe ich erfahren, daß hier bereits in Strukturen produziert wird, die wir früher stark



Dietmar Groß auf dem Wochenmarkt in Kassel

del nicht nur durch den Einsatz eines modern gestalteten neuen Demeter-Logos auf 20 Prozent verdoppelt werden. Kein leichtes Unterfangen innerhalb der immer größer werdenden Konkurrenz von Biobiolebensmitteln. Der entstehende Preisdruck auf gerade die kleineren Höfe läßt sich aber vielleicht durch den konsequenten „Fachhandelsbeschluß“ zumindest abmildern.

fang zu betreiben. Wir mästen die Nachzucht von unseren 25 Sauen und vermarkten zu festen Abnahme- und Preisbedingungen. Diese Konditionen sind zwar in letzter Zeit auch an die veränderte Marktlage angepaßt worden – es gibt zu viele Bioschweine und die Nachfrage nach Biofleisch entwickelt sich wegen des allgemein niedrigen Schweinepreiseniveaus nicht so wie erwartet – trotzdem können wir mit dem derzeitigen Bezahlungsmodell und Preisniveau zufrieden sein. Darüberhinaus ist mit der Schweinehaltung unser Getreidevermarktungsproblem gelöst und wir haben die Möglichkeit durch den Stallmist und den Leguminosenanbau, den innerbetrieblichen Stoffkreislauf zu intensivieren also unsere

leider nicht. Wir haben das Glück, daß bei tegut.. in Fulda im Management Leute arbeiten, die nicht nur auf die Preise, sondern auch auf das Profil ihrer Produkte Wert legen. Und zum Profil gehört neben „Bio und Qualität“ der nachkontrollierbare Herkunftsnachweis aus der Region, soweit wie möglich. Vor allem die kleineren Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels wie tegut.. oder zum Beispiel „Feneberg“ im Bodenseeraum haben offensichtlich erkannt, daß der vergleichsweise kleinräumige Aktionsradius ihrer Unternehmen in diesem Sinne ein strategischer Vorteil gegenüber den Großen der Branche und teilweise auch gegenüber dem Naturkostfachhandel sein kann. Dieser Vermarktungsaspekt und die per-

kritisiert haben: Vertragslandwirtschaft, stark arbeitsteilig und spezialisiert, tendenziell bodenunabhängig, eben jene Formen, in denen konventionell Hähnchen und Puten gemästet werden. Die Erzeugung erfolgt auf der Basis von Naturland-Richtlinien, die bis an die Grenze interpretiert werden. Also: Business als usual auch im Biobereich. Heißt das, alle Ideen von sozialen und ökonomischen Alternativen auf dem Land und Vorstellungen von vielfältigen bäuerlichen Betriebsorganismen gehören auf den Scheiterhaufen der Geschichte?

Wir können uns den Marktrealitäten auch im Biobereich nicht entziehen. Aber wir haben hier noch Gestaltungsspielräume, die wir im Sinne von unseren Ideen nutzen müssen.

1. Nach wie vor hat der direkte Einkauf auf dem Biohof oder am Marktstand die höchste Glaubwürdigkeit für unsere Kunden. Das müssen wir als Einkommenschancen für uns nutzen und ausbauen. Wir müssen aber auch die für unsere Kunden damit verbundenen ideellen Werte ebenfalls verstärken. Mit anderen Worten, wir müssen professioneller vermarkten, den Erlebniswert steigern usw.

2. Eine Direktvermarktung, die in den Regionen und in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung als gute, glaubwürdige Vermarktungsform für Bio-Produkte verankert ist, bietet sowohl einzelbetrieblich als auch unter Regionalvermarktungs-Aspekten eine starke Ausgangsposition für die Verhandlungen um Kooperationen mit den Teilen des Lebensmittel-einzelhandels und des Naturkostgroßhandel.

3. Auf der Produktionsseite kommen wir nicht umhin, die für unseren Betriebe passenden Rationalisierungsschritte mitzumachen. Überbetriebliche Zusammenarbeit und Arbeitsteilung werden immer wichtiger, insbesondere dann, wenn wir bestehende Marktchancen zum Beispiel im Kartoffel- und Gemüsebereich nutzen wollen.

4. Eine ganz wichtige Aufgabe ist die Koordinierung der Vermarktungseinrichtungen der Bioverbände. Hier läuft nach meinem Eindruck gegenwärtig ein „catch as catch can“, d.h. ein Rennen um die Gunst der großen Marktpartner: Ost gegen West, Nord gegen Süd und zwischen durch eine völlig unklare Gemengelage. Nach meinem Eindruck hat die AGÖL in dieser Frage bislang versagt. Selbst bei der Durchsetzung einheitlicher Mindeststandards wird mit Ausnahmen gehudelt oder großzügig über Mißstände hinweggesehen. Bei Beispiel dafür ist die Anerkennung eines 140.000 Legehennen-Betriebes durch GÄA in Sachsen-Anhalt. Hier wurde sogar eine Ausnahmegenehmigung für das Kupieren der Schnäbel gegeben.

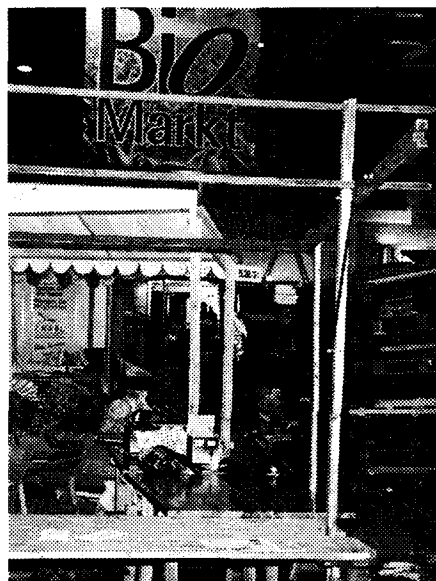
Wenn solche Mißstände bekannt werden, ist da nicht mit Imageverlusten des Biolandbaus zu rechnen?

Ich meine auch, daß wenn wir im Biobereich agroindustrielle Produktionsweisen und unnötig viele Transportwege tolerieren, daß dann eine große Gefahr von nicht unerheblichen Imageverlusten in Kauf genommen wird. Ein gemeinsames Ökoprüfsiegel trägt in dieser Frage sicher nicht zur Klärung bei.

Was muß also getan werden seitens der Verbände?

Wir brauchen zur Lösung der aufgezeigten Probleme dringend eine neue agrarpolitische Diskussion und Einflußnahme. Deswegen bin ich froh, daß die AbL und die Bauernstimme diese Debatte aufgenommen hat. Wir müssen sie in das Agrarbündnis, in die Fachöffentlichkeit und in die Politik hineinbringen.

Und unabdingbar müssen wir zu Regeln kommen, die über die Produktion hinaus gehen und den Konflikt zwischen großen und kleinen Strukturen, bäuerlichen und



Wo sind noch freie Stände auf dem Bio-Markt?

agrarindustriellen Strukturen angehen. Auch innerhalb von Bioland, welches der große Verband ist, muß dazu eine Meinung entwickelt werden und wir müssen in den eigenen Reihen Konflikte bereinigen

Auch auf AGÖL-Ebene müssen wir uns entschiedener streiten, wie wir uns durch Richtlinien und Vorgaben selbst disziplinieren gegen Dumping, gegen Strategien von Markteroberung und falscher Preispolitik. Es gibt einen großen Diskussionsbedarf, insbesondere was die Abgrenzung von agroindustriellen Produktionsweisen im Ökolandbau angeht. Hier gibt es Definitionsnotwendigkeit, nicht nur aus sozialen Überlegungen heraus, sondern weil das Gesamtprofil unseres Marktes davon auch abhängt. Wir müssen daher auch einen Rahmen setzen, der uns nicht nur den Markt sondern vorallem auch unser immer noch positives Image bei den Verbrauchern langfristig absichert.

Greenbag – Bio-Gemüse in Wochen-Tasche

Eine neue Form des Gemüse-Abos bietet der Bio-Großhändler Weiling, Coesfeld/Westf., ab dem 8. Juni an: die „Greenbag“. Diese Tragetasche aus Papier enthält ein wöchentlich wechselndes Sortiment an Gemüse aus ökologischem Anbau, das „bevorzugt aus regionalem Anbau“ stammen soll. Die Tasche in den zwei Größen „family“ und „single“ wird exklusiv über Bioläden angeboten, wobei die Kunden eine Woche im Voraus bestellen und bezahlen müssen. Das Konzept basiert auf dem Vorbild des niederländischen Fachgroßhändlers Odin. Weiling hofft, mit dem neuen Angebot auch Kunden zu gewinnen, die bisher nicht im Bioladen kaufen. Übrigens gehen von jeder verkauften Greenbag 10 Pfennig an Organisationen, die den ökologischen Landbau fördern, wie z.B. Bundesverband Naturkost Naturwaren, BUND, Greenpeace, NABU, Stiftung Ökologie und Landbau. uj

Plan für Öko-„Boughty“ in Hamburg

Ein „Öko-Center“ für 45 Mio. DM soll in Hamburg am östlichen Rand der Außenalster entstehen. Auf etwa 12.000 qm Nutzfläche soll ein „integrierter Marktplatz“ aus verschiedenen Öko-Betrieben aus Einzelhandel und Dienstleistung entstehen. Das Projekt scheint noch auf der Ebene von Ideen und groben Entwürfen zu sein, es gibt noch keine Trägergesellschaft oder ähnliches; Initiatoren und Projektleiter sind engagierte Einzelpersonen, die später auch das „Center-Management- und Marketing“ betreiben wollen. Jetzt sollen Interessenten als Nutzer gefunden werden. Info: Marketing Consult, ☎ 040-6906585

Kammer baut Öko-Kuh-Stall

Einen Stall für ökologisch gehaltene Milchkühe baut die Landwirtschaftskammer Rheinland in ihrer Lehr- und Versuchsanstalt Haus Riswick bei Kleve am Niederrhein. Untersucht werden sollen in dem neuen Stall Arbeitsaufwand und Wirtschaftlichkeit verschiedener Einstreuverfahren. Auch Fragen der Rationsgestaltung, Tiergesundheit und Fruchtbarkeit werden begutachtet, wie die AGÖL meldet. Das Projekt wird unterstützt vom Umwelt- und Landwirtschaftsministerium NRW. pm

Novartis verkauft Eden und Wasa

Der Schweizer Pharma- und Agrokonzern Novartis will seine Division Ernährung neu ordnen und auf neuartige Lebensmittel („functional food“) ausrichten. In diesem Zuge hat der Schweizer Multi jetzt zwei seiner Lebensmittelunternehmen verkauft: Der Biokost- und Reformhauswaren-Hersteller „Eden“ (mit der Marke „Granovita“) wurde vom Lüneburger „De-Vau-Ge Gesundheitskostwerk GmbH“ gekauft, das bereits vor kurzem den Biowaren-Hersteller Fischer übernommen hatte. Das Knäckebrotunternehmen Wasa ging von Novartis an den italienischen Nudel- und Nahrungskonzerne Barilla. Das deutsche Wasa-Werk in Celle verarbeitet jährlich 20.000 Tonnen Getreide, das bisher von Landwirten der Region geliefert wird. Mit Hinweis auf sinkende Knäckebrot-Umsätze hatte Wasa den Bauern im vergangenen Jahr den Qualitätsbonus für Roggen aus konventionell-„kontrolliertem Anbau“ gestrichen. -en

Faire Blumen blühen auf

Acht Milliarden DM geben deutsche Verbraucherinnen jährlich für Schnittblumen aus, die zunehmend aus Ländern der sogenannten 3. Welt stammen. In vielen Produzentenländern gibt es keine Sozialstandards, Gewerkschaften sind in den Betrieben verboten, ökologische Richtlinien für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln fehlen. Im Rahmen einer Blumenkampagne verschiedener Organisationen (u. a. die Menschenrechtsorganisation FIAN) kommen nun erstmals Blumen „aus menschen- und umweltschonender Produktion“ in den Handel. Dies Label garantiert die Zahlung existenzsichernder Löhne, Verbot von Kinderarbeit, Gleichbehandlung aller Beschäftigten, Vermeidung besonders giftiger Pestizide und die Reduktion von Schadstoffen sowie die Einhaltung von gesundheitlichen Schutzbestimmungen. Die Betriebe werden regelmäßig kontrolliert. Bis zum Herbst sollen die Blumen überall im Handel erhältlich sein. Infos: FIAN, ☎ 02323/490099

Bio-Boom in England

Der britische Handelskonzern Sainsbury hat den Landwirten die Abnahme von Biomilch zu einem fairen Preis für die nächsten fünf Jahre garantiert. Der Umsatz bei Biomilch stieg laut ZMP bei Sainsbury im letzten Jahr um 50% auf etwa 128.000 Liter pro Woche, bis zum Jahr 2003 soll die Biomilch einen Anteil von 15% erreichen. Seit knapp zwei Jahren steigt generell die Nachfrage nach Biowaren in Großbritannien stark an. Weil die heimische Bio-Erzeugung damit noch nicht Schritt halten kann, müssen zur Zeit etwa 70 Prozent des Marktbedarfs eingeführt werden.

Wirkung der Quotenmodelle

Die Debatte um das richtige Modell für die Milchmengenbegrenzung in Deutschland ist überschattet von der Frage, wie der Strukturwandel eher angeschoben als gebremst wird. Der Weltmarkt winkt.

Am 31. Mai hat sich das Bundeslandwirtschaftsministerium mit den Agrarministern der ostdeutschen Bundesländer beraten, am 22. Juni gibt es eine Sonderkonferenz mit allen Länderagrarrministern und -ministerinnen. Es wird ernst, eine Entscheidung steht bevor, die für die nächsten acht Jahre „halten“ muß – so lange soll es in der EU noch eine Quoten- bzw. Milchmengenregelung geben.

Das Ministerium hat sich weitgehend auf das sogenannte Lieferrechtsmodell geeinigt, während der Deutsche Bauernverband und die ihm nahestehenden Agrarblätter für ein Börsenmodell eintreten. Nur ab und wann wagt es jemand, wie kürzlich der Bonner Staatssekretär Dr. Martin Wille, laut auszusprechen, daß man auch alles beim alten lassen könne.

Hintergrund der Entscheidung, die zu fällen ist, sind die verschiedenen Analysen und Bewertungen über die Wirkungen der Modelle.

Ausgangslage

Die Modelle starten nicht im luftleeren Raum, sondern nach einer sehr bewegten 15jährigen Geschichte der Milch-Garantiemengenverordnung (siehe rechte Spalte). Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) geht davon aus, daß in Kürze die Hälfte aller in Deutschland vorhandenen Milchquoten nicht mehr von denjenigen genutzt, also „gemolken“ werden, die sie beim Start der Regelung 1984 innehatten. Etwa 20 % ist zwischenzeitlich verkauft worden, 30 % verpachtet – für viel Geld. Schätzungen gehen davon aus, daß auf jedem im Land gemolkenen Liter Milch 4 bis 8 Pfennig pro Jahr Quotenkosten liegen. Und das bei einem Milchpreis von im letzten Jahr etwas über 58 Pf/kg. Pro kg gepachteter Quote werden bis zu 20 Pfennig pro Jahr gezahlt, für den Kauf von Quote sogar über 2 Mark.

Den Milcherzeugern ist deshalb an aller erster Stelle daran gelegen, daß diese Kosten spürbar abgebaut werden, am besten ganz verschwinden. Die

Regierungsparteien haben dieses Ziel in ihren Koalitionsvertrag geschrieben. Minister Funke ist gewillt, das Ziel durchzusetzen.

Für Lieferrecht

Dieses Ziel ist am ehesten durch das Lieferrechtsmodell (siehe auch Bauernstimme 5/99) zu erreichen. Denn es setzt Höchstpreise fest, zu denen diejenigen entschädigt werden, die ihre nicht selbst genutzten, also verpachteten oder aufgegebenen Milchquoten (dann Lieferrechte) an sogenannte regionale Pools abgeben müssen. Diese Höchstpreise beginnen mit der Hälfte dessen, was vor Einführung

der Regelung am-Markt zu bezahlen ist, und werden dann in drei oder vier Jahresstufen auf Null herabgesetzt. Das Lieferrechts- oder Poolmodell steht dennoch bei den lautesten Betriebswirtschaftlern, Agrarwissenschaftlern und Beratern in Mißgunst. Ihr Argument: In den Pool fällt zu wenig Quote, um den wachstumswilligen und -fähigen Betrieben genügend Lieferrechte für deutliche Wachstumsprünge zuteilen zu können. Wenn man, wie Abteilungsleiter im BML, Dr. Kloos, davon ausgeht, daß sich die heutige Aufgaberrate von 5 % der Betriebe fortsetzt und diese Betriebe vornehmlich aus den Betriebsgruppen

unterhalb der Wachstumsschwelle von 40 Kühen/Betrieb rekrutieren, dann ist mit einer jährlich frei werdenden Milchmenge von bis zu 900.000 t zu rechnen. Umgelegt auf die Deutschland zustehende Milchmenge bedeutet das, daß den verbleibenden Betrieben im Schnitt ca. 30 Liter pro 1000 Liter Lieferrecht zustehen. Umgerechnet auf die heutige Kuhzahl sind das 180 kg pro Kuh. Bei leistungsstarken Kühen von 8.000 kg/Jahr sind das schon 248 kg pro Jahr.

Für große Sprünge, mit denen neue Ställe auf einen Schlag gefüllt werden, reicht das jedoch nicht. Die Betriebe müßten aber wachsen, um in Bereiche deutlicher Kostendegressionen zu kommen, so die Betriebswirtschaftler. Sie rechnen vor, daß Betriebe mit großen Herden bereits heute international wettbewerbsfähig sind. Dr. Berges von der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe etwa hat errechnet, daß ein 120-Kuhbetrieb mit hoher Milchleistung und geringen Stallbaukosten um 20 Pf/kg günstiger produzieren kann als der Durchschnitt. „Unsere Spitzenbetriebe kommen zu Weltmarktpreisen gerade noch zurecht“, so sein Resümee auf einer Kammertagung.

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner aus Bayern, hat das auf einem Milchforum in Bonn Ende Mai in eine politische Forderung umgesetzt. Wenn die Politik mit der Agenda 2000 die Zeichen auf Weltmarkt gesetzt habe, dann müsse sie auch für Rahmenbedingungen sorgen, mit denen Betriebe weltmarktfähig werden. Die unternehmerischen Handlungsspielräume dürften nicht eingengt werden. Die Neuordnung der Garantiemengenregelung müsse dem sich verschärfenden strukturellen Anpassungsdruck Rechnung tragen.

Sonnleitner prädiert deshalb für eine andere Lösung als die Einführung eines günstigen Lieferrechtes. Der DBV hat in den letzten Monaten intensive Lobbyarbeit betrieben, um zunächst sein eigenes Börsenmodell durchzubekommen. Doch waren die juristischen Bedenken in



So sieht der Cartoonist Gary Larson den Milchbauern der Zukunft.

den Ministerien für Landwirtschaft und Justiz zu groß. Das BML lehnte ab und veränderte das Modell. Doch auch damit wird Funke nicht so recht glücklich, weil es die Quotenpreise nicht sicher genug nach unten drückt. Das aber ist der Maßstab, an dem die Mehrzahl der Milchbauern das kommende Modell messen wird.

Was passiert also am Milchmarkt, wenn das Lieferrechtsmodell kommt? Ist dann der Strukturwandel vorbei?

satzmöglichkeiten für die Molkereiprodukte. – Das Rußlandgeschäft kommt noch nicht so richtig wieder in Fahrt, und die US-Farmer haben aufgrund hoher Milchpreise im letzten Jahr ihre Produktion enorm ausgedehnt und wollen nun stärker auf den Weltmarkt. – Bald schon werden die Preissenkungen die Kostenersparnisse aus dem Abnehmen der Quotenpreise aufgeessen sein. Dann werden wieder mehr Lieferrechte in die Pools flie-



Zu erwarten ist für den Fall einer Entscheidung für das Lieferrecht, daß sich viele Milcherzeuger und auch Quotenverpächter überlegen werden, ihre Quoten noch vor In-Kraft-Treten der neuen Regelung zu verkaufen, um noch einen möglichst hohen Ertrag aus diesem Wert zu erzielen. Auch die Nachfrage dürfte dabei mitwachsen, denn für die wachstumswilligen Betriebe besteht dann ebenfalls nur in der verbleibenden Zeit unter alter Regelung die Möglichkeit, durch eigene Kraft, also durch Kapitaleinsatz, an Quoten in einem Umfang zu kommen, der ihren Vorstellungen entspricht und nicht von politisch festgelegten Kriterien abhängt. Welche Preise bei diesem Handel herauskommen und gezahlt werden, ist noch offen. Sie werden aber wohl kaum deutlich sacken; dafür ist die zu erwartende Nachfrage zu groß.

Also wird es im Vorfeld eines Lieferrechts-Modells einen kräftigen Schub des Strukturwandels geben, der erst mit Einsetzen der Regelung gebremst wird.

Strukturwandel trotz Lieferrecht

Doch wird der Strukturwandel auch mit Lieferrechtsmodell weitergehen; dafür sorgen schon die fallenden Preise aufgrund der Agenda-Beschlüsse und schwieriger internationaler Ab-

ßen, wenn die Betriebe sich keine Alternativen aufbauen, mit denen ihre Wertschöpfung aus der Milch steigt.

Ausblick

Etwas zu kurz kommt in der augenblicklichen Debatte der Blick in die Zeit nach 2008, wenn die unverbindliche Ankündigung der EU-Agrarminister umgesetzt werden sollte, die Milchquoten in der EU aufzuheben. Was kommt dann? Die Ökonomen sagen, jetzt die Betriebe fit machen, um sie dann auf den Weltmarkt zu lassen, dessen Preise 20 Pfennig pro kg niedriger liegen. Wie gesagt, heute werden nicht mehr 60 oder 80 Kühe pro Herde für gut befunden, sondern 120. Noch schneidet diese Betriebsgröße in den Berechnungen besser ab als die Kooperation mit 180 Kühen, aber noch sind ja auch 8 Jahre Zeit. Die heutige Kuhzahl auf 120-Kuh-Betriebe verteilt bedeutete rund 42.000 Milchviehbetriebe in Deutschland – heute haben wir noch 172.000. Ist das die Perspektive?

Der vielgereichte Professor Hülsemeyer hat die Perspektive ausgemalt: „Wir werden bei Wegfall der Quotenregelung keine flächendeckende Milcherzeugung haben, sondern eine standortangepaßte.“

Dazu Alternativen zu entwickeln, dürfte die nächste Aufgabe sein. *uj*

15 Jahre Quotenregelung

Mit dem Milchwirtschaftsjahr 1984/85 ist die als Milch-Quotenregelung oder Kontingentierung geläufige **Milch-Garantiemengen-Verordnung** in Kraft getreten. Ziel dieser Verordnung war es, die in der Europäischen Gemeinschaft erzeugte Milchmenge zu reduzieren – schon damals wurde mehr Milch erzeugt als in Europa abzusetzen war. In Deutschland wurde dazu jedem einzelnen milcherzeugenden Betrieb eine feste Milch-Referenzmenge (Quote) zugeteilt. Zur Berechnung wurde die Milchmenge herangezogen, die der Betrieb in den Jahren 1983 und 1981 abgeliefert hatte. Die festgestellte Menge wurde dann um 4 % gekürzt; in späteren Jahren folgten weitere Kürzungsschritte.

Durch die sogenannte **Härtefallregelung** wurden von dieser Kürzung Betriebe ausgenommen, die zwischen den Jahren 1978 und 1984 ihre Herden aufgestockt und dazu Baumaßnahmen im Wert von über 50.000 DM getätigt hatten. Betriebe

etwa, die mit staatlicher Förderung eine Baumaßnahme zur Erhöhung der Kuhplätze um mindestens 20 % durchgeführt hatten, durften die Milch der angestrebten Zahl Kühe kürzungsfrei abliefern. Dagegen mußten die Betriebe, die ihre Produktionsmenge nicht erhöht und somit nicht zu den

Überschüssen in der EG beigetragen hatten, die Kürzung hinnehmen. Das kam einer staatlich verordneten Umverteilung der Milchproduktion von der Masse der kleineren und mittleren Betrieben hin zu größeren Betrieben gleich.

Diese Quotenregelung (samt Härtefallregelung) hat zu den umfangreichsten Bauern-Protesten der Bundesrepublik Deutschland geführt. Während die Spitze des Bauernverbandes die Regelung mitrug und verteidigte, formierte sich überall reger Widerstand: verschiedene regionale Gruppen, mehrere Landjugendverbände, Bioverbände, der Verband der Landwirte im Nebenerwerb und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) gründeten die **Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung**. Innerhalb weniger Wochen im Sommer (!) 1984 wurden zig Veranstaltungen abgehalten, mit mehr als 20.000 Bauern. Die Schutzgemeinschaft hat den Protest koordiniert, hat

die Bauern beraten, die Öffentlichkeit informiert und die Verfassungsklagen einiger Bauern gegen die Quotenregelung vorbereitet und die Kosten für den Rechtsbeistand (Mechtild Düsing und Matthias Francois) bezahlt. Die Klagen sind alle samt abgeschmettert worden, doch führte der breite Protest z.B. dazu, daß das Land Nordrhein-Westfalen 1986 dem Land zur Verfügung stehende Referenzmengen an Betriebe mit „besonders schwerwiegende und existenzbedrohende Härten“ verteilte, „mit deutlichem Schwerpunkt im Bereich der kleinen und mittleren Milcherzeugerbetriebe ohne ausreichende Produktionsalternativen“, wie ein Erlaß es vorsah. Bis heute ist die Milch-Garantiemengen-Verordnung 33 mal geändert worden. Dabei wurde die Übertragung von Milchquoten zwischen zwei Betrieben immer weiter gelockert bzw. erleichtert. Quoten werden nun verkauft, verpachtet oder auch (für ein Jahr) verleast.

■ ■ Gegen die Einführung der Quote gab es damals massive Bauernproteste ■ ■

Im Grundsatz ist die Milchquote zwar immer noch an die Fläche gebunden, die der Milcherzeugung dient – Eigentümer der Quote ist, wem die Fläche gehört. Der Eigentümer kann die Quote heute allerdings auch handeln, ohne auch die entsprechende Fläche zu verpachten oder zu verkaufen.

Das Handeln mit dem Recht, Milch zu erzeugen – nichts anderes ist die Quote – hat mittlerweile einen Umfang angenommen, daß Schätzungen sagen, jeder Liter Milch(quote) sei in Deutschland mit Quotenkosten von durchschnittlich 4 – 8 Pfennig belastet, das sind 8 – 12 % dessen, was die Bauern für ihren Liter Milch erlösen. Das Bundesministerium rechnet damit, daß fast die Hälfte der deutschen Milchquote seit 1984 ihren Nutzer gewechselt hat, etwa 30 % verpachtet, etwa 20 % verkauft.

Andere wichtige Änderungen der Verordnung standen mit der Vereinigung an. In den **Neuen Bundesländern** wurden den Betrieben nur vorläufige Anlieferungs-Referenzmengen (Lieferrechte) zugeteilt, die nicht an die Fläche gebunden sind und nicht verkauft, verpachtet oder verleast werden können, gleichwohl aber an andere Betriebe (innerhalb bestimmter Gebiete) überlassen werden können. *uj*

Bio-Tier-Verordnung nur kleinster gemeinsamer Nenner

Viele Kompromisse und wenig detaillierte Festlegungen

Daß nicht immer etwas, was lange währt, endlich gut wird, könnte sich demnächst an der EU-Verordnung zur Tierhaltung im Ökologischen Landbau herausstellen. Bereits seit Jahren wird die Erstellung einer EU-weiten Regelung für eine ökologische Tierhaltung von einer EU-Ratspräsidentschaft an die Nächste weitergereicht, zuletzt an die deutsche, deren erklärtes Ziel die Verabschiedung der Verordnung in ihrer Amtsperiode war und ist. Was dementsprechend u. U. in diesem Monat beschlossen wird, ist nach Ansicht des Noch-Geschäftsführers der Landesvereinigung für den Ökologischen Landbau (LVÖ) in Bayern bzw. neuen Bioland-Bundesvorstand Thomas Dosch ein „relativ schlechter Kompromiß“.

Der Punkt, der in der zurückliegenden Diskussion wohl für am meisten Wirbel gerade unter den süddeutschen Bio-Milchbauern gesorgt hatte (siehe LeserInnenkommentar), nämlich das Verbot der Anbindehaltung für Milchkühe wird, verbunden mit einer 10-jährigen Übergangsfrist, ziemlich sicher kommen. Es gibt zwar in der aktuellsten Vorlage zur Verordnung den Passus, daß kleinere Bestände bei zweimal wöchentlichem Auslauf vom

Anbindeverbot ausgenommen werden können, diese „kleineren Bestände“ sind aber zunächst nicht näher definiert.

Französische Einwände

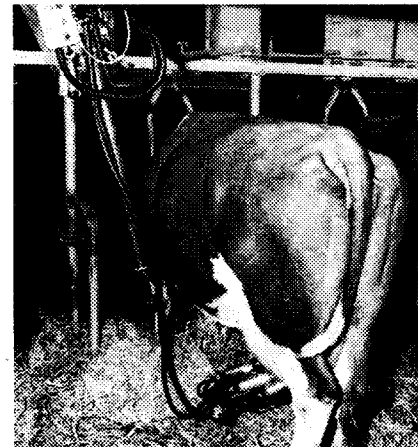
Die wenig genaue Definition verschiedener Punkte in der Vorlage ist vielen KritikerInnen ein Dorn im Auge, so warnt die Europäische Kleinbauernorganisation CPE, wie auch die Organisation der französischen Bio-Bäuerinnen und -Bauern FNAB davor, durch eine lasche Verordnung der „Industrialisierung in der Bioproduktion“ Vorschub zu leisten. Andererseits sind es gerade die Franzosen, die sich erfolgreich gegen eine Aufnahme der Verpflichtung zur betrieblichen Gesamtumstellung in die Verordnung eingesetzt haben. Ähnlich zwiesgespalten agieren sie beim Thema Flächenbindung, also der Anbindung der Tierhaltung über die Futtererzeugung an die Fläche des jeweiligen Betriebes. Während sie die Bindung grundsätzlich einfordern, da diese nicht in ihrem nationalen Gesetz (Grundlage für den französischen Ökolandbau), verankert ist und es in Frankreich entsprechend Probleme gibt (flächenunabhängig wirtschaftende Großbetriebe, die über die großen Stückzahlen Prei-

se drücken), fällt es ihnen gleichzeitig schwer, sich dabei auf Zahlen einzulassen. Die in den deutschen AGÖL-Rahmenrichtlinien festgeschriebenen 50 % (Futter im eigenen Betrieb erzeugt) waren jedenfalls nicht durchsetzbar. So wird im Moment in der Verordnungsvorlage lediglich die Forderung nach Kreislaufwirtschaft und Flächenbindung erhoben aber nicht durch Zahlen auf einem bestimmten Niveau festgeschrieben, was für Thomas Dosch unbefriedigend ist.

Ein weiterer Punkt in dem bisher detailliertere Festlegungen fehlten ist die Frage der Medikamentierung. Derzeit wird hier allerdings noch nachverhandelt, in so weit, als das Naturheilverfahren der Vorzug vor konventionellen Methoden zu geben ist und konventionelle Behandlungen Einschränkungen erfahren sollen.

Frage der Kontrolle

Unzureichend ist für Stallbauberater Bodo Bertsch die Regelung der Stall- und Auslaufflächen. Es wird ausschließlich von der klassischen Stallbauweise mit angehängtem Auslauf ausgegangen und dafür werden Größenangaben gemacht. Minimalstallbausysteme, die die Kombination bestimmter Bereiche z.B. den Freß- und



Anbindung am Ende

Aktivitätsbereich im Auslauf vorsieht, sind nicht berücksichtigt. Hier wird nach Meinung Bertschs entscheidend sein, wie sie die Kontrolle dazu verhält, die AGÖL sieht entsprechend noch Diskussionsbedarf. Als Erfolg im Zusammenhang mit Auslaufflächen wertet Thomas Dosch die Einfügung in den Verordnungsentwurf, daß Ausnahmen von der obligatorischen Bereitstellung groß dimensionierter Ausläufe aufgrund von Klima und tierphysiologischen Kriterien möglich sind. Damit ist z. B. schneereichen Bergregionen aus einer erheblichen Winterklemme geholfen.

Für Dosch ist derzeit noch eine ganz neue Schwierigkeit in der Verordnung aufgetaucht: Der Umgang mit der Gentechnik. Der EU-Ministerrat strebt die Einführung von Grenzwerten an, unterhalb derer ein Produkt als gentechnikfrei bezeichnet werden darf. Damit sollen unbeabsichtigte Verunreinigungen durch Pollenflug o. ä. berücksichtigt werden. Das Problem an Grenzwerten ist nur, daß Produkthersteller ihre Erzeugnisse darauf hin ständig beproben müssen, um garantieren zu können, daß diese eingehalten werden. Diese Art der Kontrolle ist völlig gegensätzlich zum Warenflußkontrollsystem des Ökologischen Landbaus, daß den Prozeß überwacht, nicht das einzelne Produkt. Der Ökologische Landbau hat sich gegen den Einsatz gentechnischer Verfahren ausgesprochen und überprüft daraufhin die einzelnen Glieder. Wollte man jede Produktcharge auf die Einhaltung von Grenzwerten überprüfen, wäre das mit enorm hohem Aufwand und erheblichen Kosten für die Produzenten verbunden. Paradoxe Weise würden ausgerechnet diejenigen durch schwerwiegende Auflagen drangsaliert, die nun gerade die vom Großteil der europäischen Bevölkerung ablehnend beurteilte Technologie vermeiden wollen.

cs

Unsere Meinung zur Anbindehaltung

In der neuen EG-Bio-Tierhaltungsverordnung ist – wenn auch mit mehrjährigen Übergangsfristen – das Aus für die Anbindehaltung von Milchkühen auf Ökobetrieben vorgesehen. Dazu die Position von sechs süddeutschen Bioland-Bäuerinnen und -Bauern.

1. Auch wir sind der Meinung, daß Tiere außer Fressen, Saufen und sich bewegen noch andere Grundbedürfnisse haben. Dazu zählt für uns auch das sich kümmern können ums eigene Kalb. Es gibt unseres Wissens keinen Boxenlaufstall, wo die Tiere länger als zwei Tage bei ihren Müttern sind (bei uns sind es bis zu 4 Wochen). Außerdem gibt es neuere Untersuchungen über den Bewegungsdrang der Kühe der anscheinend gar nicht so groß ist, wie von gewissen Kreisen behauptet wird (s. „Arbeitsergebnisse“ der AG Ländliche Entwicklung an der GhKassel / Heft 30). Die Versuche wurden durchgeführt von Dr. Franz-Josef Bockisch, Leiter des Instituts f. Idw. Bauforschung in Braunschweig-Völkenrode. Desweiteren hat die schweizerische Lehr- und Versuchsanstalt Tänikon (nähere Infos: Dr. M. Schick) bei ihrer Milchviehherde im Anbindestall im Vergleich zu anderen Haltungssystemen eine deutlich höhere Milchleistung aus dem Grundfutter erreicht.

2. Wer sich ein klein wenig mit Kühen auskennt, der weiß, daß Kuhherden eine hierarchische Rangordnung haben. Also für die ranghohen Tiere der Laufstall sicher eine feine Sache ist, da diese Tiere für sich immer das beste Futter, die besten Plätze usw. beanspruchen können (fast wie beim Menschen). Pech haben nur die rangniederen Tiere und das ist in der Regel die Mehrheit der Herde.

3. Wenn eine Haltungsform oder ein Stallsystem wirklich so alles überragend gut ist, dann wundert es uns immer wieder warum den Tieren die Hörner entfernt werden müssen. Unserer Meinung

nach hat ein wirklich artgerechtes Haltungssystem dies nicht nötig.

4. Es ist bekannt, daß bei sehr vielen Laufstallhaltungen den Tieren kein Weidegang mehr gewährt wird. Nun wird argumentiert, daß die Tiere so genug Bewegung hätten. Es ist für unsere Begriffe aber ein großer Unterschied, ob sich die Tiere immer nur auf der gleichen planbefestigten Fläche oder gar Spaltenboden bewegen müssen oder sich auch draußen auf der Weide in Sonne, Wind und Regen frei bewegen können.

Jedes System hat sicher seine Vor- und Nachteile. Aber eine Haltung, die sich unter gewissen Voraussetzungen (Weide im Sommer, Auslauf im Winter) bewährt hat, grundsätzlich abzuqualifizieren, wie es in der Debatte um die EU-Bio-Tierhaltungsverordnung oftmals geschehen ist finden wir überheblich und unverschämt.

Im Übrigen drängt sich bei uns immer mehr das Gefühl auf, daß es gar nicht so sehr um die Tiere (sonst wären die Recherchen und Aussagen genauer), sondern immer mehr ums Image, um die Vorreiterrolle der Ökoverbände, sprich ums Bessere als die anderen geht. Es dreht sich wieder alles um uns Menschen, Tierschützer, Verbraucher, etc. Dabei bleibt oft genug das Wohlergehen der uns anvertrauten Tiere auf der Strecke. Leider!

Robert Hartmann, Ekkehard Wolpold, Gerhard Riesterer, Helmut Wesle, Josef Bopp, Anneliese Schmech

Daß die Lage der Landwirtschaft nach wie vor schwierig ist“, stellt Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke in seinem ersten Agrarbericht fest. Für das aktuelle Wirtschaftsjahr sagt er einen „Rückgang der Einkommen um 2 – 6 %“ voraus und fordert eine weitere „finanzielle Unterstützung“ für die Landwirtschaft. Was Funke verschweigt ist, daß es „die“ Landwirtschaft nicht gibt. Vielmehr ist die Landwirtschaft ökonomisch tief gespalten, und zwar in Gewinner und Verlierer auf den Agrarmärkten. Wie diese Spaltung aussieht, will ich am Beispiel der Buchführungsergebnisse 1997/98 zeigen, die die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe zusammengefaßt hat. Ihre Buchführungsstatistik stützt sich auf eine Stichprobe von mehr als 700 Haupterwerbsbetrieben, die als HE-„Testbetriebe“ bezeichnet werden, unter denen allerdings Betriebe mit weniger als 20 ha LF kaum vertreten sind.

Unzureichender Durchschnittsgewinn

Zunächst aber will ich einen Blick auf die durchschnittlichen Verhältnisse werfen: Im Durchschnitt erzielten die HE-Testbetriebe 1997/98 einen „Gewinn“ von rund 56.000 DM. Dieser Gewinn ist um 17 % geringer als im Vorjahr, was die Kammer auf Preisrückgänge bei Schweinen und Getreide zurückführt. Differenziert nach Betriebsformen stehen die Gemischtbetriebe mit 48.000 DM am schlechtesten da, die Veredlungsbetriebe mit 63.000 DM am besten. Was ist von diesem Gewinn zu halten? Reicht er aus, oder ist er unzureichend? Dem Materialband zum Agrarbericht zufolge umfaßt der Gewinn „das Entgelt für die nicht entlohnte Arbeit des landwirtschaftlichen Unternehmers ... sowie seiner/ihrer mitarbeitenden, nicht entlohten Familienangehörigen, das eingesetzte Eigenkapital und die unternehmerische Tätigkeit. Er steht für die Privatentnahmen ... und die Eigenkapitalbildung ... zur Verfügung.“ (Für landwirtschaftliche Betriebe als juristische Personen gilt natürlich eine andere Defi-

Alle in einem Boot? – Gewinner und Verlierer auf den Märkten

Die Landwirtschaft ist „tief gespalten“: Auf den Agrarmärkten gibt es Verlierer und Gewinner. 10 Prozent der Betriebe hätte auch ohne staatliche Zahlungen ein Einkommen, das über den Lohn- und Zinsansatz hinausgeht, während 40 % der Betriebe auch mit Fördergeldern noch nicht mal den Lohnansatz erreichen

tion.) Anders als familienfremde MitarbeiterInnen bekommen Familienarbeitskräfte üblicherweise keinen Lohn. Ihr Einkommen ist im betrieblichen Gewinn enthalten. Die Einkünfte, die die Familienarbeitskräfte erhalten müßten, wenn sie entlohnt würden, werden als „Lohnansatz“ bezeichnet. Für diesen Lohnansatz gibt es Richtwerte. Danach stehen dem Betriebsleiter ein Grundlohn von 42.075 DM und ein Betriebsleiterzuschlag zu, der vom Wirtschaftswert des Betriebes abhängig ist und etwa 625 DM je 10.000 DM Wirtschaftswert ausmacht. Für die Familienangehörigen gilt ein Richtsatz von 36.160 DM/AK (männlich) bzw. 30.060 DM/AK (weiblich). (Wo bleibt der gleiche Lohn für gleiche Arbeit?) Wenn man von diesen Richtwerten ausgeht, ist der Lohnansatz im Durch-

schnitt der HE-Testbetriebe genauso groß wie ihr Gewinn. Dieser Gewinn deckt also nur, aber immerhin, die Einkünfte, die den Familienarbeitskräften (inkl. BetriebsleiterIn) zustehen. Um auch die Verzinsung des Eigenkapitals zu ermöglichen, müßte der Gewinn um 24.000 DM höher sein, wobei die Kammer einen Zinssatz von 3,5 % zugrundelegt.

Gewinner und Verlierer

Da die Kammer nicht nur Durchschnittswerte ausweist, sondern die Buchführungsstatistik auch nach Gewinnklassen differenziert, sind auch Aussagen über die Gewinner und Verlierer auf den Agrarmärkten möglich: – 40 % der Testbetriebe kann man insofern als „Verlierer“ sowohl der niedrigen Agrarpreise als auch der unsozial verteilten Fördermittel bezeichnen, weil ihr Gewinn noch nicht einmal den Lohnansatz für die Familienarbeitskräfte deckt. – Rund 20 % der Testbetriebe liegen im

genüber – macht zusammen 93.000 DM. Allein mit ihrem Markteinkommen erzielen diese Betriebe also Überschüsse, die über den Lohn- und Zinsansatz hinausgehen. Wie sehen nun diese Betriebe aus? Bei einem Gewinn von 165.000 DM, von dem

34.000 DM aus Subventionen stammen, verfügt diese Gruppe von Veredlungsbetrieben im Durchschnitt über knapp 50 ha LF, 400 Mastschweine und 100 Zuchtsauen.

Die Gruppe der Futterbaubetriebe erzielt einen Gewinn von 145.000 DM, davon 57.000 DM aus Subventionen. Im Durchschnitt verfügen sie über fast 60 ha LF, 40 Kühe mit einer Milchleistung von 7.000 kg und verkaufen 50 männliche Rinder. Hinzu kommen aber noch fast 200 Mastschweine.

– Die Gruppe der Marktfruchtbetriebe mit einem Gewinn von 165.000 DM, davon 84.000 DM aus Subventionen, bewirtschaftet durchschnittlich über 130 ha LF und mästet zugleich mehr als 300 Schweine.

– Um ihren Gewinn von 170.000 DM, davon 47.000 DM aus Subventionen, zu erzielen, bewirtschaftet diese Gruppe von Gemischtbetrieben durchschnittlich fast 70 ha LF und hält darüber hinaus noch fast 500 Mastschweine.

Fazit

Was sagt uns das ? Allen Klagen über die niedrigen Agrarpreise zum Trotz erzielen diese Spitzengruppen der Testbetriebe allein auf dem Markt bereits ein Einkommen, das über den Lohn- und

Zinsansatz hinausgeht. Mit den im allgemeinen unzureichenden, am omniösen Weltmarkt orientierten Erzeugerpreisen erwirtschaften diese Betriebe sogar noch Überschüsse. Sie sind „weltmarktfähig“ und vermutlich das Leitbild der Agrarpolitik. Daß derart weltmarktfähige Betriebe in Westfalen-Lippe trotzdem noch Subventionen im Durchschnitt von 48.000 DM erhalten, wirft ein Schlaglicht auf die in der Landwirtschaft wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen unsoziale Verteilung der öffentlichen Fördermittel.

Ulrich Hápke



BAUER IST NICHT GLEICH BAUER

„Daß weltmarktfähige Betriebe in Westfalen-Lippe noch Subventionen im Durchschnitt von 48.000 DM erhalten, wirft ein Schlaglicht auf die unsoziale Verteilung der öffentlichen Fördermittel“, mahnt Ulrich Hápke. Karikatur aus: MUCH: KRAUT UND RÜBEN

Interessant ist nun die Frage, wie sich der Durchschnittsgewinn zusammensetzt. Hier will ich nur zwischen Markt- und Subventionseinkommen unterscheiden. Umgerechnet auf 1 ha LF erhielten die Testbetriebe 608 DM an öffentlichen Zulagen und Zuschüssen, d.h. mehr als 30.000 DM pro Be-

Mittelfeld mit einem Gewinn, der dem Lohnansatz entspricht, aber keine Eigenkapitalverzinsung zuläßt. – Knapp 30 % der Testbetriebe erreichen beides, sowohl den Lohn- als auch den Zinsansatz, und können daher schon zu den „Gewinnern“ gezählt werden. Die absolute Spitzengruppe – etwa 10 % der Testbetriebe – will ich etwas genauer beschreiben: Sie erzielt einen Gewinn von 158.000 DM, von dem 48.000 DM aus Subventionen stammen und 110.000 DM auf dem Markt erwirtschaftet werden. Dem stehen ein Lohnansatz von knapp 58.000 DM und eine Eigenkapitalverzinsung von 35.000 DM ge-

Hormonelle Handelstörungen noch nicht behoben

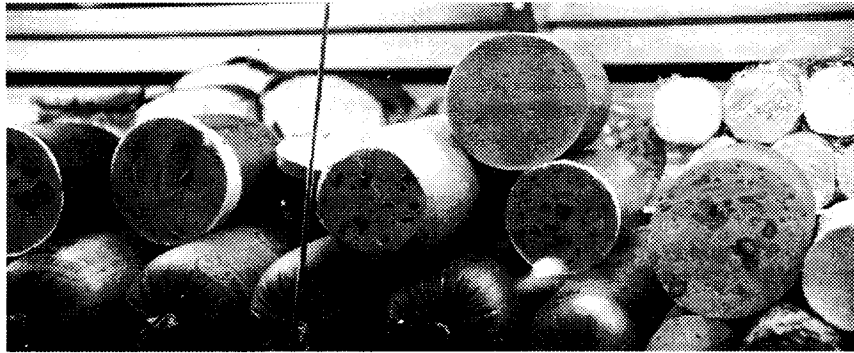
Wie geht es weiter im transatlantischen Handelskonflikt um Hormon-Rindfleisch?

Der viel beschworene 13. Mai 1999 ist vorübergegangen. An diesem von der Welthandelsorganisation (WTO) gesetzten Termin hätte die Europäische Union der WTO entweder einen wissenschaftlichen Beweis über Gesundheitsgefährdungen durch den Einsatz von Wachstumshormonen in der Rindermast vorlegen oder das bestehende Importverbot für Fleisch aus Hormonmast aufheben müssen. Die Tatsache, daß weder das eine noch das andere passierte, sorgte in den letzten Wochen reichlich für Schlagzeilen.

Die EU hatte im Februar dieses Jahres erklärt, daß die Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen Hormonstudien frühestens Ende des Jahres vorliegen würden. Zum 13. Mai könne sie nur einen Zwischenbericht abliefern. Gleichzeitig wurden seit Februar Gespräche mit den USA über mögliche Zwischenlösungen bis zur endgültigen Vorlage der Risikoabschätzung gesucht. Die Amerikaner begannen diese Verhandlungen mit der Ankündigung von Strafzöllen auf ausgewählte europäische Produkte. Die USA fordern weiterhin die sofortige Aufhebung des Einfuhrverbotes. Die EU bietet dagegen eine Kompensationslösung an. Die USA sollen als Entschädigung einen verbesserten Marktzugang für ihre Produkte in der EU erhalten – in welchen Bereichen, darüber schweigt sich die EU noch aus. Ferner wird mit den USA über eine Kennzeichnung verhandelt – nach EU-Aussagen nur über eine „Kennzeichnung danach“, d.h. für den Fall, daß die EU letztendlich ihre Verbotssposition nicht aufrecht erhalten kann. Eine Kennzeichnungslösung bereits für jetzt wird aber von den USA ins Spiel gebracht. Bisher standen sich jedoch die Vorstellungen über das „Wie“ einer Kennzeichnung diametral gegenüber: während die EU eine Kennzeichnung mit einem eindeutigen Hinweis auf die Hormone fordert, boten die USA bisher nur eine Herkunftskennzeichnung bzw. Qualitätskennzeichnung ohne jeden Hinweis auf Hormone an.

Um was geht es?

Wachstumshormone werden bei Rindern eingesetzt, damit sie das Futter besser verwerten, schneller wachsen und mehr Muskeln bekommen. Ausgehend von Hormonskandalen in den siebziger Jahren hatte sich in der EU eine kritische Haltung gegenüber dem Einsatz dieser Hormone entwickelt, die 1988 zum Verbot des Einsatzes der



Um die Wurst

drei natürlichen Hormone Östradiol 17beta, Testosteron, Progesteron sowie der drei synthetischen Hormone Trenbolonacetat (TBA), Zeranol und Melengestrolacetat (MGA) in der Rindermast führte. Das Verbot wurde ab dem 1. Januar 1989 auch auf die Einfuhr von Hormon-Rindfleisch ausgeweitet. Die Anwendung dieser sechs Hormone ist in der amerikanischen und kanadischen Landwirtschaft gängige Praxis. In den USA erhalten rund 63 Prozent des Weideviehs und 90 % der mit Getreide gefütterten Rinder die Hormone entweder einzeln oder in Kombination.

Anfang 1996 wurde auf Antrag der USA und kurz später auch durch Kanada ein WTO-Streitschlichtungspanel zum Hormonstreit eingesetzt. Es hatte zu prüfen, ob das bestehende Importverbot der EU ein unzulässiges Handelshemmnis ist, wie von den Nordamerikanern unterstellt. Schließlich räumte es der EU eine letzte Frist ein. Bis zum 13. Mai 1999 war entweder eine die Gesundheitsgefahren durch den Hormoneinsatz belegende Risikoabschätzung vorzulegen oder das Verbot aufzuheben.

Der stattdessen erschienene wissenschaftliche Zwischenbericht der EU legte Ende April 1999 dar, daß der Hormoneinsatz ein Risiko für Verbraucherinnen und Verbraucher darstellt. Das natürliche Hormon Östradiol wird als „vollständig krebserregend“ eingestuft, für die anderen fünf Hormone reichen trotz zahlreicher Verdachtsmomente die Daten für eine quantitative Abschätzung noch nicht aus. Der Bericht stellt ferner ein besonderes Risiko für Kinder vor der Pubertät heraus.

Kurz zuvor wurde eine bisher wenig berücksichtigte Tatsache im Hormonstreit einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Im Rahmen eines „Hormone Free Cattle Program“ exportieren die USA seit 1989 Rindfleisch in die EU. Die Fleischimporte aus den USA ha-

ben in den letzten Jahren zugenommen, so wird jährlich zwischen 5.000 (1995) und 7.000 t (1997) US-Rindfleisch – davon zwischen 600 und 800 t nach Deutschland – eingeführt. In diesem per Definition eigentlich hormonfreien Fleisch wies die EU im April 1999 in 12 Prozent der untersuchten Proben Hormonrückstände nach. Aufgrund der bekanntgewordenen Mißbrauchsfälle verkündete die EU-Kommission am 28. April 1999 ein Verbot der Einfuhr hormonfreien Rindfleisches aus den USA.

Vorsorge oder freier Markt?

Die US-amerikanische National Cattlemen's Beef Association (NCBA), die Interessensorganisation der Viehwirtschaft, ist das europäischen Importverbot eine rein protektionistische Maßnahme angesichts der riesigen EU-Fleischüberschüsse. Ein Gesundheitsrisiko durch den Hormoneinsatz wird abgestritten.

Die NCBA-Positionen werden von der Clinton-Administration geteilt. Für den US-Landwirtschaftsminister Glickman und die Handelsbeauftragte Barshefsky spielen aber noch zusätzliche Gründe, wie die Verbesserung der desolaten US-Handelsbilanz und die Zustimmung des amerikanischen Congress zur Regierungsposition bei der bevorstehenden WTO-Handelsrunde eine Rolle.

Am 17. Mai bekräftigten in Brüssel die Agrar- und Außenminister der EU die Haltung, daß bestehende Exportverbot aufrechtzuerhalten und eine Kompensationslösung zu suchen. Auch das Europäische Parlament hat am 4. Mai 1999 betont, daß das Vorsorgeprinzip ein zentrales Element im Ernährung- und Gesundheitsbereich ist.

Das EP forderte die Kommission auf, nicht nur das bestehende Verbot für hormonbehandeltes Fleisch aufrecht zu erhalten, sondern auch zukünftig keine Kennzeichnungslösung zuzulassen, da diese den Verbrauchern etwa

im Fall von Kantinen- oder Restaurantessen keinen Schutz bietet.

Die Aufrechterhaltung des Vorsorgeprinzips steht auch bei den sich um Handelsfragen kümmernden Umwelt-, Verbraucher-, Drittwelt- und Landwirtschaftsgruppen im Vordergrund. So wird ein Dammbbruch befürchtet, sollte der Hormonstreit für die EU verloren gehen. Die USA haben bereits seit 1997 ihr Mißfallen an der EU-Kennzeichnungspflicht für gentechnische Lebensmittel ausgedrückt und diverse Male angedroht, diese Verordnung vor der WTO zu Fall zu bringen. Ein Sieg im Hormonstreit würde die Wahrscheinlichkeit eines WTO-Streitfalls zur Lebensmittelkennzeichnung der EU erhöhen.

Greenpeace und die in der AG Handel im Forum Umwelt und Entwicklung zusammengeschlossenen Gruppen fordern angesichts der bevorstehenden neuen WTO-Verhandlungsrunde die grundsätzliche Verankerung des Vorsorgeprinzips in den globalen Handelsregeln.

Sicherlich hätte die Entscheidung im Hormonkonflikt auch Auswirkung auf die rBST-Diskussion. Das in der EU bestehende Moratorium für das gentechnisch hergestellte, die Milchproduktion steigernde Hormon rBST läuft zum Jahresende aus. Das Verbot umfaßt nur die rBST-Anwendung, der Import von rBST-Milch und daraus hergestellten Produkten ist dagegen nicht verboten. Sicherlich würde ein Sieg der EU im Streit um die Wachstumshormone helfen, ein weiteres Verbot von rBST aufrechtzuerhalten und es vielleicht sogar auch auf die Einfuhr von Milch- und Milchprodukten auszuweiten.

Wie gehts weiter?

Sollte es nicht in den nächsten Tagen zu einer Kompensations- oder Kennzeichnungseinigung kommen, so werden die angekündigten Strafzölle erhoben. Der Einsatz dieser Sanktionsmaßnahme ist nach den WTO-Regeln rechtens, lediglich über die Höhe der Strafzölle muß die WTO Anfang Juli noch befinden. Die USA werden danach die Produkte benennen, die dann mit Strafzöllen belegt werden. Auch Kanada kündigte Strafzölle an. Bis zum Vorliegen des endgültigen wissenschaftlichen Berichtes der EU wird es also noch reichlich Gelegenheit zur Beschäftigung mit dem Hormonstreit geben.

Jürgen Knirsch, Greenpeace

Für Mindeststandards im Welthandel

Die Frage, ob es im Welthandel soziale und ökologische Mindeststandards geben soll, beantwortet Thomas Griese mit einem eindeutigen Ja

Vorweg eins: Bisher kann von einem fairen Welthandel nicht die Rede sein. Die Industrienationen haben vor allen durch Exportsubventionen den Weltmarkt gestört und viele Märkte in den armen Ländern des Südens zerstört.

Die kommende WTO-Runde muß für einen Neuanfang genutzt werden, der allen Nationen faire Handels- und Entwicklungschancen verschafft. Dazu gehört die Vereinbarung ökologischer, sozialer und hygienischer Mindeststandards. Nur so wird es möglich sein, ökologisches und soziales Dumping zu verhindern. Es darf keine Anreize dafür geben, Erfolge im Welthandel durch rücksichtslose Ausbeutung ökologischer und sozialer Ressourcen, durch Raubbauwirtschaft zu erzielen. Die Länder des Südens würden durch eine solche Entwicklung besonders getroffen, weil sie gezwungen würden, ihre Zukunft durch Raubbau zu verspielen. Die Erzeugung von gesunden Nahrungsmitteln darf kein weltweiter Wanderzirkus werden, in dem Agrarindustrielle ständig auf der Suche nach

den Produktionsländern mit den schlechtesten Sozial- und Umweltstandards sind.

Mindeststandards dürfen allerdings nicht zu einer neuen Variante des Protektionismus führen oder der nationalen Abschottung dienen.

Aber wer Kinderarbeit oder Zwangsarbeit verurteilt, kann es nicht akzeptieren, dass die mit Kinder- oder Zwangsarbeit erzeugten E(Ernährungs-) Produkte den Welthandel zu Lasten regulär erzeugter Produkte be-

setzen. Und wer gesundheitsgefährdenden Pestizideinsatz verhindern wil, der muß dafür eintreten, daß nur Produkte am Welthandel teilnehmen, die mit einem Mindestmaß an ökologischer Vorsorge erzeugt worden sind. Nur so wird es gelingen, die Strategie der Chemischen Industrie, Pestizide, die hier aus gutem Grund verboten sind, in die armen Länder des Südens zu verkaufen, zu durchkreuzen. Sicher wird es im Einzelfall schwierig sein, sich auf Mindeststandards zu verstän-

digen und sicher haben wir allen Anlaß, eigene Standardmängel zu beheben, z.B. antibiotische Futtermittelzusatzstoffe zu verbieten. Im sozialen Bereich bietet sich eine Orientierung an den Mindestnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) an.

Darüber hinaus müssen die WTO-Regelungen es den Nationalstaaten ermöglichen, aus Vorsorgegründen höhere als die Mindeststandards zu setzen, um gesundheitliche Risiken zu minimieren (z.B. Verbot des Gentechnik- und Hormoneinsatzes). Gerade wenn sich der Welthandel intensivieren wird, ist es unabdingbar, sich weltweit auf ein Minimum an Standards zu verständigen. Nur so kann es zu einer nachhaltigen, dauerhaften Entwicklung im Sinne der Rio-Konferenz kommen.

Dr. Thomas Griese, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen

Mindeststandards in der WTO?

In der agrarpolitischen Debatte gewinnt die Forderung nach ökologischen und sozialen Mindeststandards an Bedeutung. Die Europäische Kommission soll solche Standards in der kommenden Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation (WTO) durchsetzen. Unter diesen Standards erzeugte Waren sollen damit an den Grenzen abgewiesen werden können. Die Befürworter sehen die Chance, ökologisches und soziales Dumping im Welthandel abzubauen; Kritiker wittern den Versuch, sich schlicht Märkte zu sichern. Lesen Sie dazu Pro und Contra.

Ein schwieriges Thema

Michael Windfuhr sieht im Hintergrund von Sozialklauseln viele Interessen. Er knüpft sie daher an Bedingungen.

Die Problematik, die hinter der handelspolitischen Debatte über Sozialklauseln steht, ist ein wichtiges Thema, gerade in Zeiten weltwirtschaftlicher Globalisierung. Die von Gewerkschaften zusammengetragenen Daten über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gerade in der Arbeitswelt, von Zwangs- und Kinderarbeit, den oft unglaublichen Arbeitsbedingungen von Frauen besonders in der Textil- und Bekleidungsindustrie, Vergiftungen mit Pestiziden bei Plantagenarbeitern und die häufige Verfolgung gewerkschaftlicher Aktivitäten stellen gravierende Menschenrechtsverletzungen dar.

Generell ist die Thematik der Arbeitsbedingungen und der Beachtung sozialer Mindeststandards nicht neu, sondern wird die seit Ende des letzten Jahrhunderts geführt wird. Die Internationale Arbeitsorganisation hat zu diesem Themenbereich seit 1919 zahlreiche Konventionen entwickelt. Im Juni 1998 hat sie die wichtigsten Konventionen noch einmal im Rahmen einer Erklärung zusammengefaßt und

bekräftigt. Auf die offizielle Agenda internationaler Politik kam das Thema 1993 zurück, durch den Versuch Frankreichs und der USA, Sozialklauseln in das Regelwerk der Welthandelsorganisationen aufzunehmen. Dieser vor allem auf Druck der Textilgewerkschaften vorgebrachte Vorschlag ist bislang am Widerstand der Entwicklungsländer (EL) gescheitert. Diese hatten gerade nach zähen Verhandlungen durchsetzen können, daß das seit fast 30 Jahren währende Schutzsystem für die Textilindustrie der Industrieländer (IL) mit dem WTO-Abschluß im Rahmen von 10 Jahren auslaufen soll. Umso allergischer reagierten sie auf Vorschläge ausgerechnet aus dem Textilsektor von Industrieländern, Sozialklauseln in die WTO-Regeln mit aufzunehmen. Im Hintergrund der Entwicklungsländerposition muß gesehen werden, daß während in den Verhandlungen der letzten GATT-Runde in den für IL interessanten neuen Themen (dem Handel mit Dienstleistungen, Versicherungen, Kapital etc.) substantielle Li-

beralisierungserfolge durchgesetzt werden konnten und EL hier ihre Märkte zügig öffnen müssen. In den Handelsbereichen, die für ärmeren EL von Beutung sind, wie dem Agrar- oder Textilbereich, wurden dagegen nur sehr unzureichende Zugeständnisse der IL erreicht.

Der in der Folge vom Internationalen Bund freier Gewerkschaften entwickelte Vorschlag für eine Sozialklausel ist allerdings kaum protektionistisch einzustufen. Er sieht die Möglichkeit vor, handelsbegrenzende Maßnahmen zu ergreifen, allerdings erst nach einem komplizierten Beratungsverfahren, und hält solche Maßnahmen auch nur bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen für gerechtfertigt. Er findet deshalb zunehmend auch Unterstützung bei Gewerkschaften in Ländern des Südens.

Die handelspolitische Realität sieht allerdings anders aus. Schon heute ergreift z.B. die USA regelmäßig auch mit sozialer Begründung versehen zu unilateralen handelspolitischen Instrumenten, vor allem im Handel mit

karibischen Staaten. Deutlich wird, daß es sich bei der Verankerung von Sozialklauseln in der WTO tatsächlich um ein zweischneidiges Schwert handelt. Einer Verankerung sollte deshalb nur zugestimmt werden, wenn tatsächlicher unilateraler Mißbrauch ausgeschlossen ist und die Sozialklausel sich auf schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen bezieht.

Parallel muß dies bedeuten, daß wir alle – inklusive der Staatengemeinschaft – die Aufgabe haben, uns insgesamt für einen effektiveren Menschenrechtsschutz einzusetzen. Die Kluft zwischen einer schnellen und umfassenden Entwicklung internationaler Regeln und Disziplinen im Bereich des Handels und der Kapitalmärkte und schwacher und fehlender Durchsetzungsinstrumente im Bereich der Menschenrechte wächst. Besonders hier muß gegengesteuert werden.

Michael Windfuhr, Universität Heidelberg, Inst. für Politische Wissenschaft, engagiert u.a. bei der Menschenrechtsorganisation FIAN



Schmetterlings-tod Gentechnik

Die Larven des orangefarbenen Monarch-Schmetterlings wachsen langsamer bzw. sterben vermehrt, wenn sie Pollen des gentechnisch veränderten Bt-Maises zu sich nehmen. Dies veröffentlichten US-Wissenschaftler in der Zeitschrift „Nature“. Die Forscher hatten den Pollen, der bis zu 60 Meter weit fliegt, auf Blätter der Wolfsmilchgewächse gestäubt, von denen sich der Monarch ausschließlich ernährt. Daß diese Wolfsmilcharten auch noch besonders nahe an Maisäcker vorkommen wird von Monsanto bestritten. Als Entwickler des – den Schädling Maiszünsler abtötenden – Bt-Maises zeigt sich der Konzern nicht unbedingt überrascht und verweist darauf, daß bei konventionellen Pestizidbehandlungen auch „Nicht-Ziel-Insekten“ getötet werden. Umweltschützer kontern damit, daß ein Pestizideinsatz nur Stunden, höchstens Tage vorhalte, der Bt-Mais aber eine ganze Vegetationsperiode dort stehe und der Pollen weiter verteilt wird. In Mexiko, wo der Monarch überwintert, fordert eine Gruppe von Umweltschützern, Künstlern und Intellektuellen ein sofortiges Bt-Mais-Verbot. Die EU-Kommission hat als Konsequenz aus dem Schmetterlingstod das laufende Zulassungsverfahren für eine Bt-Maissorte der Firma Pioneer eingefroren. Darüber nachgedacht wird auch, die bereits vergebenen Zulassungen für Bt-Mais in Europa zurückzuziehen.

Begonnen hatte alles mit den schottischen Laborratten des Dr. Pusztai, denen Genkartoffeln nicht bekommen waren, was in Großbritannien eine wahre Hysterie auslöste. Mittlerweile haben dort alle großen Supermarktketten sowie diverse Lebensmittelhersteller, darunter auch die britischen Ableger der US-Konzerne Nestlé und Unilever die Gentechnik aus der Produktion verbannt, wenn auch gerade die beiden weiterhin zu der neuen Technologie stehen. Als erster deutscher Lebensmittelhersteller kündigte Frosta seinen Wiederausstieg aus der Gentechnik an, Frosta ist eine der wenigen Firmen in Deutschland, die bereits in einem nennenswerten Umfang Gentechnahrungsmittel angeboten hatten. Mit der Ablehnung in der Branche wächst auch die Kritik in den Regierungen der einzelnen europäischen Länder. Griechenland hat den experimentellen Anbau von 7 gentechnisch veränderten Sorten (Mais, Zuckerrüben, Baumwolle) verbo-

Gentechnik im Gegenwind

In Europa wächst die Kritik, in den USA keimen Zweifel

ten, die Schweiz die Freisetzung von antibiotikaresistenten Kartoffeln und Bt-Mais. Wiederum die Griechen suchen Mitstreiter für ein europäisches Gentech-Moratorium, dafür gibt es bereits Unterstützung in Holland und vom größten spanischen Bauernverband. Proteste und Regreßansprüche gab es, als der BUND in Freiburg und das Schweizer Bundesamt für Landwirtschaft dem Saatgutkonzern Pioneer Vermischungen von konventionellem und nicht-EU-zugelassenem Genmaissaatgut nachweisen konnte. Auch der öffentliche Widerstand gegen Freisetzungen hält an, im niedersächsischen Amelinghausen wurde eine Genrapsfläche totgespritzt, in Südeuropa die Klage gegen zwei Frauen, die beim Ausreißen von Genmais verhaftet worden waren, von der Staatsanwaltschaft fallengelassen. Dies werten nicht nur Genkritiker in England als gerichtliche Anerkennung der Begründung (Gentechnik: ein nicht einschätzbares Risiko), die die beiden Frauen für ihre Aktion vorgebracht hatten.

Die USA, die zunächst gar nicht und dann mit Befremden auf die europäische Gentechnikphobie reagierte, sieht sich mitt-

lerweile gezwungen, schon aus exportstrategischen Überlegungen, die Sache ernster zu nehmen. Landwirtschaftsminister Glickman griff in einem Vortrag die Befürchtung auf, die Gentechnik führe zu Machtkonzentrationen in der Saatgutindustrie und zeigte sich unglücklich über die laufende Patentrechts-Prozeßwelle, mit der Monsanto die US-Farmer derzeit überrollt. Zum ersten Mal warnte Glickman auf einer öffentlichen Veranstaltung davor, ausschließlich auf die Biotechnologie zu setzen, besonders aufgrund der Ablehnung in Europa „schließlich entscheide am Ende der Verbraucher.“ So argumentieren auch mittlerweile die beiden größten Getreidehändler ADM und Cargill, die keine Gentechsorten mehr von US-Farmern ankaufen, die nicht in Europa zugelassen sind. Nun fordern natürlich die Farmer eine bessere Informationspolitik, dazu, was sie denn an Gentechsorten überhaupt anbauen können. Nach den neuesten Veröffentlichungen zum Schmetterlingstod auf Bt-Mais (siehe Randspalte) eine immer berechtigtere Frage...

cs

Das eine Übel mit dem anderen getauscht

Ährenfusarien sind neuerdings in aller Munde – die Probleme sind allerdings altbekannt

Die These, daß durch problemlösende, künstliche Eingriffe in ein komplexes System an anderen Stellen neue Probleme entstehen, bewahrheitet sich wieder einmal im Ackerbau. Das Gespenst der neuerdings überall auftretenden Ährenfusarien – vornehmlich an Weizenkörnern – geistert derzeit mittlerweile nicht nur durch die landwirtschaftliche Presse. Die Pilze bzw. die von ihnen gebildeten Giftstoffe (Mykotoxine) sind backqualitätsmindernd und für den Menschen grundsätzlich gesundheitlich bedenklich. Ihre Auswirkungen auf die Gesundheit von Schweinen, an die die Körner verfüttert werden, sind nachgewiesenermaßen erheblich. Die Toxine der beiden am meisten vorkommenden Fusariumarten lösen bei ihnen einerseits Brechreiz, Durchfall, Schleimhautentzündungen aus, andererseits haben sie östrogene Wirkungen die zu Fruchtbarkeitsstörungen führen. Mit Fusarien befallene Körnerpartien sind von den Verarbeitern nicht immer einfach zu erkennen, zudem sagt ihr Vorhandensein nicht zwangsläufig etwas über die Toxinkonzentration aus. Sie ist – bislang jedenfalls – nur mit aufwendigen und teuren Verfahren zu messen, so daß

es allenfalls zu Stichprobenuntersuchungen kommt. Für den menschlichen Verzehr gibt es weder einen deutschen noch EU-Grenzwert.

Das liegt auch mit daran, daß Ährenfusarien aufgrund der Witterungsbedingungen in der Vergangenheit eher ein regionales Problem waren (in Österreich z. B. gibt es Grenzwerte). Bereits vor 2 Jahren, besonders aber im letzten Jahr, bekamen sie gesamtdeutsche Bedeutung. Damit wird auch deutlich, daß die Witterung, wenn sie auch im vergangenen Jahr extrem günstig für die Verbreitung sämtlicher Pilzkrankheiten war, nur ein Infektionskriterium ist. Eine weitere Rolle spielt, daß der Pilz an Stoppeln – besonders an Mais aber auch an Weizen – überwintert. Von daher geht von Mais und bedingt von Weizen speziell bei pflugloser Bodenbearbeitung ein hohes Infektionspotential aus. Zusätzlich gibt es anfälliger – zu denen vornehmlich die kurzstrohigen Hohertragsorten gehören – und weniger anfälliger Sorten. Soweit sind sich die Fachleute einig. Zusätzlich wird von einigen angeführt, daß Faktoren relevant sind, wie eine üppige Düngung oder

die durch den Einsatz wirkungsvollerer Fungizide verursachte Abwesenheit anderer Pilzkrankheiten (die als „natürliche Konkurrenz“ an der Ähre wirken).

Durch die ökonomischen Zwänge und die produktionstechnischen sowie chemischen Möglichkeiten sind über die Jahre die Fruchtfolgen enger geworden und die Bandbreite der angebauten Sorten beschränkt sich auf einige wenige, die eine reiche Ernte versprechen. Nun, beim Auftauchen der Ährenfusarien als Symptom dieser intensiven Anbaubedingungen, wird über ihre Eindämmung durch das Berücksichtigen mehrerer Faktoren (keine Maisvorfrucht, Pflügen, Sortenvielfalt) zwar theoretisch noch diskutiert. Praktisch läßt aber das Totschlagargument: „Ökonomie“ oftmals wieder nur das Ausprobieren veränderter Fungizidstrategien zu. Bisher ist den Ährenfusarien allerdings kaum chemisch beizukommen. Noch bevor aber eine extensivere Fruchtfolge mit allen Gliedern über den entsprechenden Schlag rotiert wäre, wird die Pflanzenschutzindustrie sicherlich eine innovative Flüssiglösung in recyclebaren Kanistern anbieten können.

cs

Wildpflanzen auf dem Hof

Acht Höfe beherbergen 206 Arten aus 41 Familien

Wildwachsende Pflanzen gehörten seit altersher als prägender Bestandteil zum Dorf. Wenn auch nicht bewußt kultiviert oder geduldet, so behaupteten sie doch ihren Platz auf Hofstellen, an Scheunen und Ställen, an Futtermieten, Hofeinfahrten, Zäunen oder auf Ab-

das anhaltende Höfesterben haben vielen dieser Pflanzen ihren Lebensraum geraubt.

Die verbleibenden Hofstellen sind jedoch wegen ihrer Vielzahl an unterschiedlichen Biotop-Typen nach wie vor als Standorte für Wildpflanzen interessant.

Zu diesem Schluß kommen drei Biologen in einer Untersuchung, die jetzt in den „Berichten über Landwirtschaft“ veröffentlicht wurde. Auf acht niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Hofstellen mit insgesamt 6 Hektar Fläche fanden sie immerhin noch 206 wildwachsende Pflanzenarten aus 41 Pflanzenfamilien, zumeist allerdings Allerweltsarten. Auf ökologisch bewirtschafteten Höfen war die Pflanzenvielfalt größer, dort fanden sich auch noch zwei gefährdete Arten (Hederich und Acker-Löwenmaul). Vor allem aber zeigte sich, daß der Zustand der Hofstelle ein Spiegelbild der persönlichen Auffassungen des Betriebsleiters von einer „schönen Hofstelle“ ist.

Die Biologen plädieren dafür, solch spontane Vegetation, die die den Betriebsablauf oder die Bausubstanz nicht stört, möglichst zu dulden oder lediglich zu regulieren. Sie empfehlen, den Einsatz von Herbiziden zu begrenzen, handbreite Streifen

rund um die Hofstelle unversiegelt zu lassen, ausgewählte Bereiche längere Zeit nicht zu jäten und bei der Anpflanzung dorftypische Pflanzen zu verwenden. Mit einer Schonung von Wildpflanzen, so die ForscherInnen, dürfte sich auch „die mitunter zwecklose Sterilität und Einförmigkeit des Arbeitsplatzes Hofstelle verlieren“... *en*



Wenn kein anderer Platz da ist, dann gibt sich das Schöllkraut auch schon mal mit einem Fugenspalt zufrieden. Wer aber auf dem Hof mehr Vielfalt erleben will, der sollte dazu auch Raum schaffen. Foto: Jasper

stellplätzen für landwirtschaftliches Gerät. Und außer der Bodenbedeckung und -befestigung dienten viele Pflanzen dem herumlaufenden Kleinvieh auch als Futter. Das wird allein schon aus Namen wie Gänse-Fingerkraut, Vogel-Knöterich, Ferkelkraut oder Gänse-Distel deutlich. Der Einzug von Agrarmodernisierung, Herbiziden, städtischem Geschmack und

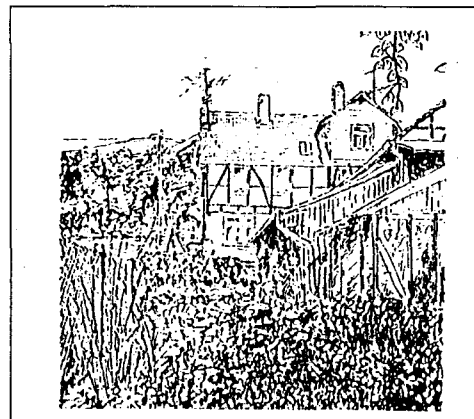
Naturschutz-Tips

In kaum einem anderen Berufsfeld ist der Kontakt von Mensch und Natur so selbstverständlich wie in der Landwirtschaft. Das entstammt nicht der Feder eines Bauern, sondern des NABU (Naturschutzbund Deutschland). In einer kleinen Broschüre mit dem Titel „Naturschutz in der Landwirtschaft“ beschreibt der NABU kleine, aber hilfreiche Maßnahmen, die Bäuerinnen und Bauern Hof ergreifen können, um die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten auf Hof und Umfeld zu erhöhen. Die Broschüre inklusive Check-

liste gibt Orientierungen darüber, wo bereits „Pluspunkte“ gesammelt werden und wo noch Verbesserungen möglich sind. Denn der NABU ist überzeugt: „Für Landwirte ist es oft mit nur geringem Aufwand verbunden, durch Maßnahmen für Feldhase, Rauchschnalbe und Distelfalter die Artenvielfalt zu erhalten.“ Das Heft, das in Zusammenarbeit mit der AbL entstanden ist, ist zu bestellen beim NABU, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn

Von Menschen und Hunden

Wer den Hof am Stadtrand hat oder in einem der großen Ballungszentren der Städte – auch Stadtlandschaften genannt – bäuerliche oder ländliche Arbeit betreibt, ist zwangsläufig mit den Auswirkungen der industriellen bzw. dem Beginn der postindustriellen Gesellschaft konfrontiert. So ist es auch immer wenn ich mit dem Trecker oder gar mit dem Auto „ins Feld“ fahre, je nach Wetter tummeln sich viele Menschen – meist mit Hunden – auf den – meist geteerten – Feldwegen. Manche, aber eher weniger, gehen zur Seite. Erst wenn ich mein Tempo auf ca. 10 km/h verringere, oder ganz anhalte, und ich somit Entgegenkommen zeige, wenn ich dann noch freundliches Lächeln und Dankesbezeugungen an den Tag lege, wird der Hund zur Seite genommen und ich kann passieren. Nun beobachte ich, daß bei bestimmten Gruppen von Menschen die Hundezahl immer größer wird: Etwa drei Menschen – fünf Hunde oder zwei Menschen – sieben Hunde. Wenn ich manchmal zufällig dazu komme, begegnen sich beide Gruppen: fünf Menschen – zwölf Hunde. Menschen wie Hunde sind verstärkt



..... aus Nordhessen

morgens und nachmittags unterwegs, aber auch bei Nacht und Nebel. Im Übrigen ist, was die Menschen mit Hunden betrifft, – die sich und ihre Hunde meist als ziemlich „gebildet“ erscheinen lassen – weitgehend ein Unverständnis und Unwissen landwirtschaftlicher Selbstverständlichkeiten festzustellen, die eigent-

lich noch Allgemeingut sein müßten.

Man spricht z. B. das ganze Frühjahr über noch bis zum Ährenschieben bei Getreideschlägen allgemein von „Wiesen“ – auf denen die Hunde dann herumtollen. Die Menschen bleiben lieber auf den geteerten Wegen, da ihnen die „Wiesen“ entweder zu staubig oder zu matschig sind – oder eben zu uneben.

Im Stadtgebiet besteht allgemein Anleinpflcht, die jedoch nicht beachtet wird. Die Menschen mit den nicht angeleiteten Hunden protestieren jedoch heftig wegen „Tierquälerei“ wenn ein angeleiteter Hund gesichtet wird. Ab und an gibt es deshalb Hundekämpfe und menschliche Anfeindungen. Und Hundekot bedeckt Wiesen und Getreideschläge – Bandwürmer nicht ausgeschlossen.

Ja, die Menschen müssen viel Zeit haben, sich mit ihren Hunden zu beschäftigen. Ist dies nun Modeerscheinung, Ersatzbefriedigung für entgangene menschliche Nähe oder einfach nur Freizeit, oder von jedem etwas?

Die Landwirtschaft in den Stadtrandlandschaften ist nun seit einigen Jahren mit dieser „Gemengelage“, wie die Planer sagen, konfrontiert. Sie muß sich irgendwie arrangieren, sagt man, auch wenn sie dies postindustrielle „Freizeitphänomen“ bisher nicht kannte – es könnte sich noch verstärken!

LESE-BUCH

TIP

Das Sensenbuch

Es gibt möglicherweise kein Handarbeitsgerät, das sich so entspannt und angenehm führen läßt, wie eine gute Sense. Im Sensenbuch wird der Einstieg in eine neue Kultur der Handarbeit vollzogen. Neben der Mähtechnik und den verschiedenen Sensentypen und Verwendungszwecken werden das richtige Dengeln und das sachgemäße Schärfen von Sensen ausführlich beschrieben. Abgerundet wird das Buch durch Dehnungsübungen und dem Essay „Eine gute Sense.“

Das Sensenbuch. D. Tresemer, W. Berry, E. Degreif (Hrsg.), Degreif Verlag, 170 Seiten, 48 DM. Zu beziehen im Abl-Verlag.

Zugtiernutzung in vielen Bildern

Das Arbeiten mit Zugpferden ist wieder im Kommen. Wenn auch häufig als nostalgisch belächelt, so gibt es doch eine immer größere Zahl an Interessierten, sei es weil die Zugpferdnutzung als schönes Hobby oder als ernstzunehmende, bodenschonende Alternative zum Trecker zumindest auf kleineren Flächen betrieben wird. In den USA hat sich aus unterschiedlichen Gründen – ein wesentlicher ist sicherlich, daß dort die Religionsgemeinschaft der Amish aufgrund ihrer Wertvorstellungen nach wie vor die Feldarbeit auf ihren Farmen mit Pferden erledigt – mittlerweile ein noch sehr viel stärkeres Interesse herausgebildet. Ein Trend, der sicherlich teilweise mit dem allgemein in der hochtechnisierten Welt zu beobachtenden Hang der Menschen, sich zu Werten eines „einfachen Lebens“ hingezogen zu fühlen, zu erklären ist. Nicht nur für sie, sondern für jeden, der an den Thema Zugtiernutzung Interesse hat, bietet das Buch „Zugpferde heute“ einen Einstieg und vor allem viele schöne

Fotos von arbeitenden Tieren und Menschen.

Zugpferde heute. R. Mischka, Degreif Verlag, 164 Seiten, 290 Farbfotos, 86 DM. Zu beziehen im Abl-Verlag.



Zu einer AbL-Veranstaltung

Nachlese zweier AbL-Aktiven aus Niedersachsen

Wir, das sind Willi Dohemann und ich, hatten uns nach unserer ersten in Goldenstedt stattgefundenen AbL-Veranstaltung im November 1997 fest vorgenommen: Das machen wir noch mal.

Gesagt, getan. Anfang des Jahres wurde als erstes der Referent eingeladen. Unser Wunschkandidat, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL, sagte spontan zu. (An dieser Stelle ein großes Dankeschön an die Gute Fee aus seinem Bonner Büro, Frau Fuß, die uns bei der Terminplanung kooperativ zur Seite stand).

Nachdem das Thema feststand (*Agenda 2000 – Ist Wachstum ein Weg aus der Krise oder Grund für weiteres Höfesterben*), ging es daran, die Presse zu informieren. Sowohl die „Bauernstimme“ und die regionalen Tageszeitungen als auch die Landwirtschaftsblätter sagten Terminveröffentlichungen zu; die Qualität dieser war allerdings recht unterschiedlich. An dieser Stelle ein großes Lob für die „Bauernstimme“; die „Oldenburgerische Volkszeitung“ schickte zudem noch einen Redakteur, der sachlich und anschaulich einen Bericht über die Veranstaltung veröffentlichte. Handzettel und Plakate wurden an Interessierte verteilt, AbL Mitglieder informiert.

Zu Beginn der Veranstaltung begann das große Zittern: Friedrich Wilhelm war nicht da, der Saal aber gut gefüllt. Dann der Anruf, FriWi steckte im Stau kurz vor Vechta. Erich von Hofe, der zu unserer großen Freude zu den Gästen zählte, sprang spontan ein und referierte zu dem Thema „Arbeit und Landwirtschaft“. Erich wußte die Zuhörer zu fesseln – hätten wir es nicht kurz angekündigt, keiner wäre darauf gekommen, daß hier Improvisation im Spiel war.

Friedrich Wilhelm sprach in seinem Vortrag deutliche Worte und stellte heraus, daß die Agrarpolitik in Europa die Weichen falsch gestellt habe und durch das Prämiensystem die großen Betriebe, die umfangreiche Rationalisierungsprogramme verwirklichen könne, verwirklichen können, begünstigt werden. Der politisch gewollte Strukturwandel gehe allein zu Lasten der kleinbäuerlichen Betriebe. Im Rahmen der Agenda 2000 dürften die einzelnen EU-Mitgliedstaaten 20 % der Prämien kürzen. Das Modell der AbL sehe vor, daß diese Kürzung ab etwa 60.000 DM Prämienzahlung per anno greifen könne, wobei für arbeits- und lohnintensive Betriebe nochmals eine Sozialstaffelung vorgesehen sei. Die Einsparung von Prämiegeldern solle in Programme zur Strukturförderung bzw. -verbesserung fließen, z.B. in Form von finanzieller Unterstützung der Direktvermarktung. In dieser Vorgehensweise, für deren Verwirklichung er sich einsetzen werde, sieht Friedrich Wilhelm eine Chance für die Zukunft der bäuerlich wirtschaftenden Betriebe.

Im Anschluß an die Vorträge fand eine interessante, überwiegend sehr sachliche Diskussion statt, an der sich unerwartet viele der 40 Gäste angeregt beteiligten.

Abschließend möchte ich bemerken, daß uns die Organisation der Veranstaltung, die Gespräche vor und nach den Vorträgen und überhaupt der ganze Abend Spaß gemacht haben und uns Anregungen für neue Unternehmungen im Sinne der AbL-Arbeit lieferten – ganz im Sinne unseres Mottos:

Zugucken bringt nichts, schimpfen bringt nichts, aufgeben bringt nichts – tun muß man was!

Heike Nordhoff-Felis, Mitglied der AbL, 49424 Goldenstedt

Zur Geschichte von Reformen

Vieles von dem, was heute versucht wird, ist schon vor hundert Jahren diskutiert und ausprobiert worden – unter diesem Motto steht das „Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933“. Die Herausgeber Kerbs und Reulecke hoffen, daß der Blick zurück die aktuellen Reformbestrebungen auf mögliche „Sackgassen“ aufmerksam macht und „den Entwurf für mögliche ‚Zukünfte‘ solider und rationeller ausfallen“ läßt. In der heutigen Zeit finde ich es besonders bemerkenswert, daß das Handbuch auch landwirtschaftliche Reformbewegungen berücksichtigt. Insgesamt haben 38 AutorInnen auf über 600 Seiten mehr als 40 Reformbewegungen in jeweils eigenständigen Artikeln vorgestellt. Die thematische Spannweite ist beeindruckend. In sieben Rubri-

ken, die durch zusammenfassende Beiträge eingeleitet werden, werden die Themen Umwelt und Heimat, Lebensreform, Frauen- und Jugendbewegung sowie Sexualreform, Landkommunen und Bewegungen zum Bereich Leben und Arbeiten, Wirtschaften und Wohnen sowie die Reformpädagogik vorgestellt. Hinzu kommen die Reformbewegungen in der Kunst und in der Religion. Der Schwerpunkt der Handbuchartikel liegt zwar in der Zeit von 1880 bis 1933, trotzdem geben sie z.T. noch einen Überblick über die Zeit des Nationalsozialismus und die Nachkriegsentwicklung. Aus der Fülle spannender Artikel kann ich hier natürlich nur auf ganz wenige Punkte hinweisen. So wird z.B. gezeigt, wie aus der Bewegung für die Ernährungsreform und für den Vegetarismus

die Reformhäuser entstanden sind und daß J.H.Kellogg (Cornflakes) ein bedeutender Ernährungsreformer in den USA war. Auch die Landfrauenbewegung und die Anfänge der landwirtschaftlichen Genossenschaften werden beschrieben. Ein eigenes Kapitel ist dem biologischen Landbau gewidmet, das mir die Irrationalität und Kontinuität der Geschichte deutlich gemacht hat, weil es der ökologischen Landwirtschaft ganz anders ergangen ist als dem Naturschutz. Wie Gröning und Wolschke-Bulmahn zeigen, haben sich führende Vertreter der Naturschutzbewegung z.T. schon vor 1933 den Nationalsozialisten angeschlossen und trotzdem nach dem Zweiten Weltkrieg bruchlos weiterarbeiten können. Ihr Reichsnaturgesetz von 1935 war bis in die 70er Jahre hinein gültig. Und der ökologische Landbau? Er war – wie Reinhard Farkas beschreibt – in Deutschland vor 1933 anthroposophisch geprägt. Zwar wurde die Anthro-

posophische Gesellschaft 1935 verboten, aber die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise wurde zunächst von einem staatlichen Reichsverband weitergefördert. Ursache hierfür war, daß sie vor allem von Rudolf Heß unterstützt wurde. Später wurde der Reichsverband aufgelöst, und dem folgte für vierzig Jahre das Ende der staatlichen Unterstützung für den ökologischen Landbau. Das Handbuch enthält viele neue und interessante Informationen nicht nur über längst vergangene Zeiten. Insgesamt ist es hervorragend als Nachschlagewerk geeignet. Wer darin herumstöbert, liest und vergleicht, kommt aber auch ins Nachdenken – über die Sackgassen, in die ReformInnen geraten können, und nicht zuletzt über das heutzutage verkürzte Verständnis von Reformen. uh

Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933. D. Kerbs und J. Reulecke (Hrsg.), Peter Hammer Verlag, 624 Seiten, 88 DM – zu beziehen im Abl-Verlag.



Auslöser Landwirtschaft

Ein beispielhaftes und nachahmenswertes Projekt der Volkshochschule Celle hat jetzt seinen sichtbaren Ausdruck gefunden in der Foto-Ausstellung „Auslöser Landwirtschaft“: 12 Teilnehmer an einem Fotokurs haben vor zwei Jahren die Landwirtschaft im Landkreis abgelichtet – und zwar „nicht nur die schönen Seiten, sondern auch das Drumherum, das was sonst nicht fotografiert wird, weil es zu normal ist...“ Herausgekommen sind Bilder zum Rind, zur Heidschnucke, ganz summarisch zu „Tieren“

bzw. „Feld und Wald“ oder ganz speziell zum Spargelanbau oder zur Beregnung. Andere Fotos legen den Schwerpunkt auf „Tätige Hände“, das „Blech in der Landwirtschaft“ oder Porträts von Bäuerinnen und Bauern. Fotoserien zeichnen die Stationen auf dem „Weg der Milch“ vom Euter in den Supermarkt oder begleiten die Kartoffeln und Zuckerrüben von der Aussaat bis zur Vermarktung.

Die Ausstellung im Celler Boman-Museum (☎ 05141/12372) läuft noch bis zum 11.7.99, es gibt ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm.

Bestellcoupon für Bucherwerbungen

Ich bestelle:

..... Expl. Der kritische Agrarbericht '99 für 36 DM _____ DM

..... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM

(2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM, 7 Ausgaben 130)

..... Expl. Die andere Eroberung, 26 DM _____ DM

..... Expl. Das Sensenbuch, 48 DM _____ DM

außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Porto 5,- DM
 Summe _____ DM

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

DRUCKSACHEN

Der kritische Agrarbericht 1999

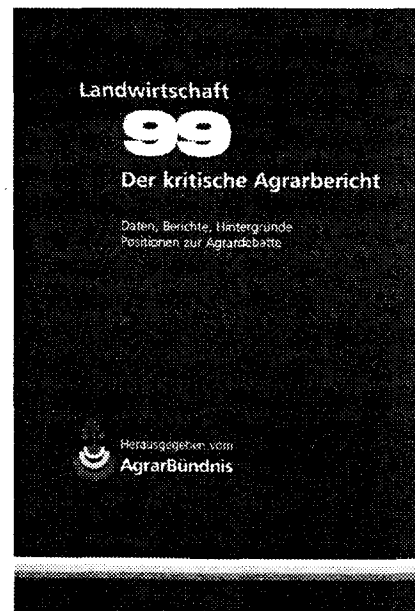
Daten, Berichte, Hintergründe
 Positionen zur Agrardebatte

„Wer in der agrarpolitischen Diskussion über den Tellerrand hinausschauen will, sollte in den kritischen Agrarbericht hineinschauen!“

Die neue DL (Deutsche Landjugend)

„Hier erfährt man, was die offizielle Agrarpolitik gern verschweigt oder anders sieht. Gemeinsam werden neue Felder und Themen bearbeitet und neue Perspektiven für Agrarpolitik und Selbsthilfe entworfen. ... Das Besondere an diesem und allen vorherigen kritischen Agrarberichten ist aber der Ansatz der unterschiedlichen Mitglieder des Agrarbündnisses, gemeinsam eine umfassende agrarpolitische Perspektive für alle Bereiche zu entwickeln und durchzusetzen.“

Ökomarkt



Den Zahlenwerken der Bundesrepublik etwas entgegensetzen, selbst Bilanz ziehen, andere Schwerpunkte setzen und Perspektiven aufzeigen – die kritischen Agrarberichte belegen, daß es trotz einer Politik pro Wachstumslandwirtschaft noch viele Menschen gibt, die für eine menschen-, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft eintreten.

Die Kapitel im Kritischen Agrarbericht 1999:

- Agrarpolitik**
- Internationale Beziehungen**
- Produktion und Markt**
- Regionalentwicklung**
- Agrarkultur**
- Tierschutz und Tierhaltung**
- Soziale Lage**
- Landwirtschaft und Ökologie**
- Gentechnik**
- Ökologischer Landbau**
- Verbraucher**
- Wald**

1998, 3-930 413-15-9, 36 DM

Die andere Eroberung



US-amerikanische und europäische Agrarexportpolitiken und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt.

Eine erschreckende Bilanz: Mit der Subventionierung ihrer Agrarexporte schädigten die EU und die USA dauerhaft die Ernährungssicherheit von Millionen Menschen und ganzen Ländern und förderten den Hunger in der Welt. Wie funktionieren und wirken die Agarexportpolitiken der zwei Agrargiganten? Wie die internationale Agrarhandelsordnung und die internationale Ordnung für Nahrungsmittelhilfe?

Wolpold-Bosien vermittelt Grundlageninformationen und wesentliche Argumente für die Agrarverhandlungen in der 1999 beginnenden WTO-Runde: Das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssicherheit darf nicht dem Freihandelsdogma geopfert werden!

1999, 3-930 413-16-7, 26 DM

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,- Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN**Tiermarkt**

Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Geräte und Maschinen

Für Direktvermarkter: Top-Verkaufs-

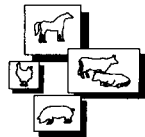
wagen, Selbstf., Peugeot-D, Bj 1/96, 20 tkm, Top-Design u. Ausst.; 4,3 m Kühltheke, 5 Kühlfächer, 2 getr. Kühlm. außen, Rückwandregale, Kornspeicher, Brotregal, Standh., neue Hygiene-VO für Wurst, Fleisch, Geflügel, Käse; Preis VB; ☎ 05283-1285, Fax: -948335

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch

Telefon 0551 - 22731

**Hilfe zur Selbsthilfe in Bosnien-Herzegowina**

Nach wie vor ist die Situation in Bosnien-Herzegowina sehr angespannt. Nach Krieg und Zerstörung geht es darum, den Menschen die Möglichkeit zu geben, wieder eine eigene Existenz aufzubauen. Deshalb ruft der SPD-Europaabgeordnete Willi Görlach zusammen mit der Flüchtlingshilfe Langen e.V. dazu auf, zu spenden, damit die Bauern in Bosnien-Herzegowina ihre Landwirtschaft intensivieren können. Im Gegenzug verpflichten sich die bosnischen Bauern, einen Teil ihrer Ernte zur Versorgung von Flüchtlingen und Bedürftigen abzugeben.

Der ehemalige hessische Landwirtschaftsminister setzt damit eine zu Beginn des Jahres gestartete Aktion fort. Für 2 bisher gesperrte Melkmaschinen werden noch benötigt: Melkeimer, incl. Pulsator, Geschirr. Aber auch andere Formen von Spenden sind willkommen.

Info: Flüchtlingshilfe Langen e.V., ☎ 06103-51977

InterContinentale Carawane

für Solidarität und Widerstand und AntiGen

Christina Lenke, Christiane Niesel, Esser Str. 12, 51105 Köln

☎ : 0221-8370364 /-8302561 /-8370619

wie kommt es,**daß 500 indische BäuerInnen****ihre und unsere Rechte einfordern wollen ??**

in der Zeit der Gipfeltreffen von EU (5./6.6.1999) und G7 (Weltwirtschaftsgipfel 17.-19.6.1999) in Köln werden ca. 500 VertreterInnen der indischen Bauernorganisation KRIS und anderer Bauernorganisationen aus Afrika und Südamerika in Deutschland zu Gast sein. Den Menschen, die bei dieser Karawane mitmachen, geht es darum, die Aufmerksamkeit auf die Auswirkungen der Globalisierung – gerade in ihren Ländern – zu lenken. Genauso ist es erklärtes Ziel der Karawane, mit uns in unseren Ländern darüber zu diskutieren, wie auch wir aus dem sogenannten reichen Norden in die unerbittliche Zwangsmaschine des freien Marktes eingesperrt und von ihr diktiert werden.

Obwohl die finanziellen Mittel bei diesem Projekt hinten und vorne fehlen, wollen wir dennoch nicht darauf verzichten, den TeilnehmerInnen fair gehandelte und qualitativ gute Nahrungsmittel zu bieten.

So wie es sich also anhört, handelt es sich dabei um ein Mammutprojekt. Dennoch: die Bauern kommen, haben sich hochverschuldet, um endlich bei den Schuldigen ihres Globaltraumas anzuklopfen.

Deshalb brauchen wir für die Zeit vom 2. – 5. Juni für

100 Leute und vom 17.-19. Juni für 500 Leute:

240 kg Reis, Getreide, Kichererbsen, Linsen (rot),

450 kg Gemüse (viele Zwiebeln, auch Kartoffeln),

450 kg Brot,

1000 l Yoghurt und

250 l Öl.

Die Lage ist sehr ernst. Laßt uns nicht „verhungern“.

Spenden an: Intercontinental Caravan,

Kto.: 3701010441, BLZ: 50090100, Ökobank Berlin

Veranstaltungskalender**AbV-Verlag:
Gesellschafterversammlung**

Sonntag, 6. Juni 1999, 10.30 Uhr, Kirchliche Aus- und Fortbildungsstätte, Mulangstr. 23, Kassel-Wilhelmshöhe

Mit „Innovationslust statt Veränderungsfrust“ ist der öffentliche Teil der Versammlung (morgens) überschrieben. Hugo Gödde und Götz Schmidt geben die Inputs in die Diskussion um die Frage, was sich angesichts der „neuen“ Regierung in Bonn dort und (zu aller erst?) bei uns ändern kann oder muß, um innovativ sein zu können, statt sich allein über das Ausbleiben von Veränderungen zu beklagen. Infos im Abl-Verlag, ☎ 05242-48185

Auf dem Land lebt die Hoffnung

17. – 19. Juni, Ev. Kirchentag, Stuttgart

„Auf dem Land lebt die Hoffnung“ lautet der Titel eines besonderen Projektes auf dem 28. Deutschen Evangelische Kirchentag in Stuttgart (16. – 20.6.). (Programm siehe Bauernstimme Mai 1999, S. 23)

Helga Baur, Evang. Jugend auf dem Lande in Württemberg, ☎ 0711-9781382

**Naturverträgliche
Regionalentwicklung**

25. Juni 1999, Hotel Mercure Potsdam

Die Nutzung der Natur durch die Erzeugung und Vermarktung umweltverträglicher Produkte sowie sanften Tourismus bietet neue Perspektiven für den ländlichen Raum, denn mit der naturverträglichen Regionalentwicklung wird regionale Wirtschaftskraft gestärkt. Doch welche Projekte versprechen dauerhaft wirtschaftlichen Erfolg und sichern Arbeitsplätze? Der NABU bringt auf diesem Fachsymposium Vertreter aus Politik, Verwaltung, Handel, Landwirtschaft und Tourismus in die Diskussion.

NABU, F. Schöne, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn, ☎ 0228-97561-23

**Veränderte
Rahmenbedingungen**

8. Juni 1999, Uni Bonn, Hörsaal V, Institut f. Pflanzenbau, Katzenburgweg 5, Bonn

Wissenschaftliche Fachtagung zu den Herausforderungen an Wissenschaft und Praxis, die sich aus den veränderten Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft ergeben. Schwerpunktthemen: Bodenschutz, Pflanzenschutz und Agrarpolitik. Lehr- u. Forschungsschwerpunkt „Umweltverträgliche und Standortgerechte Landwirtschaft“, Endenicher Allee 15, 53115 Bonn, ☎ 0228-732297

Harzer Grünland

16. – 17. Juni 1999

Umfangreiche und vielversprechend besetzte Tagung zum Thema „Schutz, Pflege und Erhaltung von montanem Grünland im Harz“, wobei die Anstrengungen (Projekte) zur regionalen Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus dem Harz den ihnen gebührenden Raum einnehmen.

Alfred Toepfer Akademie Hof Möhr, 29640 Schneverdingen, ☎ 05199-989-0

**Ökologische
Milcherzeugung**

15. Juni 1999, Wissenschaftszentrum Berlin

Die ökologische Milcherzeugung entspricht im besonderen den Kriterien einer zukunftsfähigen Milcherzeugung. Das

hat dazu beigetragen, daß der ökologische Milchmarkt – ebenso wie der Bedarf an Biomilch – stetig wächst. „Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, d.h. mehr Bauern könnten diese Chance nutzen und ihre Betriebe umstellen“, so die Einladung zu dieser Bioland-Tagung. Info: Bioland NRW, Im Hagen 5, 59069 Hamm, ☎ 02385-1817

Upländer Bauernmolkerei

17. Juni, Willingen-Usseln

Die junge Upländer Bauernmolkerei in Nordhessen ist bis nach Nordrhein-Westfalen ein wichtiger Partner für die Biomilcherzeuger und für die Regionalentwicklung insgesamt. Die Veranstaltung stellt die Molkerei mit ihrem eigenen Konzept vor (mit Rundgang).

Info: Natur- u. Umweltschutz-Akademie NRW, Siemensstr. 5, 445659 Recklinghausen, ☎ 02361-305-1

**Landwirtschaftliche
Milchverarbeitung**

Aufgrund der großen Nachfrage an der 2jährigen berufsbegleitenden Fortbildung zur hofeigenen Milchverarbeitung beginnt im Herbst der 4. Lehrgang des Verbandes für handwerkliche Milchverarbeitung im ökologischen Landbau (VHM). Eine rasche Anmeldung ist zu empfehlen, da die Teilnehmerzahl auf 15 beschränkt ist. Der neue Kurs beginnt im Oktober 1999.

VHM, Hohenbercha 23, 85402 Kranzberg, ☎ 08166-684218

**Fremde Gene auf dem
Acker**

8. Juni 1999, 9.00 – 17.00 Uhr, Franz Hitze Haus Münster

Grüner Runder Tisch des Diözesankomitees Katholischer Verbände und der Akademie Franz Hitze Haus zur Frage „Markchancen oder Kurzzeitstrategie bei der Grünen Gentechnik?“ Mit: W.M. Catenhusen (Parl. Staatssek. BMF), J. Katzek (KWS), B. Kamradt (Greenpeace), Dr. H. Stiens (RCG Nordwest), R. Hagencord und Statements von Verbänden.

Franz Hitze Haus, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 MS, ☎ 0251-9818-0

MorGen

bis 15. Juni 1999, VHS Lünen, Cappenbergerstr. 34

Ausstellung „Morgen“ zum Thema Gentechnik in Lebensmitteln. Am 8.6.1999 (19.00 Uhr) mit einer Podiumsdiskussion zum Thema, u.a. mit Katrin Grüber (Mdl.), Gregor Bornes (GeN-ethisches Netzwerk) und AbLer Friedrich Ostendorff, veranstaltet von Bündnis 90/Grüne.

Aktionstage NRW

noch bis 13. Juni 1999

Zig Veranstaltungen rund um den Ökolandbau.

Infos bei Ihren Ökobauern, Bioläden oder unter www.oekolandbau-nrw.de

Öko-Feldtag

13. Juni 1999, Steierberg-Reese, Bioland-Betrieb Ernst Röhrs

Der Ökorind Niedersachsen lädt zum Öko-Feldtag und Öko-Hoffest. Fachaussteller informieren die Landwirte (Feldversuche, Maschinenvorfürungen, Technik-Ausstellung), und Landwirte informieren die Verbraucher.

Aktionstage Ba-Wü

25. Juni – 4. Juli 1999

Zu rund 90 Veranstaltungen im Rahmen der zweiten Aktionstagen Ökolandbau Baden-Württemberg laden ein: NABU, Bioland, Demeter, Naturland, Ecovin und BNN. Ausführliches Programm gibt's bei: NABU, ☎ 0711-96672-33, oder bei Bioland, ☎ 07022-93266-0

**Öko-Aktionswoche
Hamburg**

Die diesjährigen Hamburger Wochen des Ökologischen Landbaus stehen unter dem Motto Ökologisch genießen. Zum vielfältigen Programm gehören ein Öko-Aktionsmarkt auf dem Jakobikirchplatz (1.-3.6.), eine Fahrradrallye zu Öko-Obstbauern im alten Land (27.6.), Hof-feste im Sülldorfer Betrieb Timmermann (19.6.), auf Gut Wulfsdorf (3.7.) und auf Gut Wulfsfelde (10.7.), außerdem zahlreiche Hof- und Betriebsbesichtigungen. Programmheft: Umweltbehörde Hamburg, Billstr. 84, 20539 Hamburg, 040-343526

Öko-Aktionstag Hessen

11. Juli 1999, Domäne Frankenhausen

Mit politischem Frühschoppen (ab 10.00 Uhr) und (nachmittags) vielen Aktionen zum Mitmachen – nicht nur für Kinder. Hess. Staatsdomäne Frankenhausen (GhK), 34393 Grebenstein-Burguffeln, ☎ 04674-925-820, Fax: -821

**Gesundheit geht durch den
Magen**

25. Juni, 9.30 – 16.00 Uhr, Stadthalle Heidelberg

Welche Rolle spielt die Ernährung bei Allergien, Hautproblemen oder geschwächtem Immunsystem? Wie gesund sind synthetische Zusatzstoffe oder Fleisch aus Massentierhaltung? Antworten bietet die NABU-Fachtagung „Gesundheit geht durch den Magen – warum Ökoprodukte fit machen“.

NABU Baden-Württemberg, Tübinger Str. 15, 70187 Stuttgart, ☎ 0711-96672-0

**Wasserschutz durch
Ökolandbau**

13. Juli 1999, 18.00 Uhr, HS 12, TU München-Weihenstephan

Mit zwei Vorträgen: Dr. Guido Haas, Inst. f. Org. Landbau, Univ. Bonn: Anbaustrategien des organischen Landbaus im Wasserschutzgebiet – Fallbeispiel Niederrhein. Und: Rainer List, Stadtwerke München GmbH: Vorbeugender Trinkwasserschutz durch ökologischen Landbau am Beispiel des Projekts Mangfalltal.

Dr. Reents, ☎ 08161-713778

**Tarmstedter Forum
Erneuerbare Energie in der
Landwirtschaft**

10. Juli 1999, Sportheim TUS Tarmstedt (Nds.)

Zur großen Tarmstedter landwirtschaftlichen Ausstellung (9. – 12. Juli 99) gibt es zum 2. Mal die Rahmentagung zu den erneuerbaren Energien, wobei nun die nachwachsenden Rohstoffe im Mittelpunkt stehen. Das Forum richtet sich zuerst an Landwirte, aber auch an Ingenieure, (Kommunal-)Politiker und andere interessierte Bürger.

Tarmstedter Förderverein Erneuerbare Energien in der Landwirtschaft, Gerd Legien, Hans-Popp-Str. 13, 91154 Roth, ☎ 09171-3428, Fax: -63324

Tagung von
Evangelische Jugend auf dem Lande / ABL / INFES / AG Ländliche Entwicklung:

**Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum
– Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze**

24. – 25. September 1999, Jugendgästehaus Kassel

Debatte um die Zukunft der Arbeitsgesellschaft,
Ansätze zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft.

Workshops:

1. Neue Arbeit auf dem Lande
2. Zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft durch Tarifverhandlungen und Arbeitsverwaltung
3. Nachhaltige Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze – Das Beispiel Ökolandbau, tiergerechte Haltungsformen.

Infos: ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242-48476

Symposium von
Informationszentrum für genetische Ressourcen ZADI/IGR / Umweltzentrum Unna / ABL

Erhaltung und Nutzung regionaler landwirtschaftlicher Vielfalt – von der Verpflichtung zur Umsetzung

8. – 10. Oktober 1999, Ökologiestation Bergkamen-Heil

10.10. „Vielfalt kulturell-kulinarisch genießen“ mit „Slow food“

Obwohl sich die Bundesregierung schon vor Jahren zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der genetischen Vielfalt in der Landwirtschaft verpflichtet hat, kann von einer breiten Umsetzung dieser Verpflichtung in die Praxis auf den Höfen und gärtnerischen Betrieben nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Bauern und Bäuerinnen, Initiativen und Verbände, die sich engagieren, stoßen auf zahlreiche Hindernisse und fehlende politische Unterstützung. Was tun, um voranzukommen ?!

Freitag: Referate zum politisch/ökonomischen Rahmen (Länder, Bund, Brüssel);

Samstag: Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussion

Infos.: ABL, ☎ 05242-48476 oder ZADI/IGR ☎ 0228-9548202

Ich werde Mitglied in der **ABL**

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der ABL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von
<input type="checkbox"/> DM 200,- <input type="checkbox"/> DM 250,- oder DM _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,- | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,- | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,- |

Mitgliedsadresse:

Name Vorname

Straße PLZ, Ort

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die ABL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der ABL widerrufen werden.

Unterschrift Datum Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

ABL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02421/680012

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltrieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzabach, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoronet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbauggebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

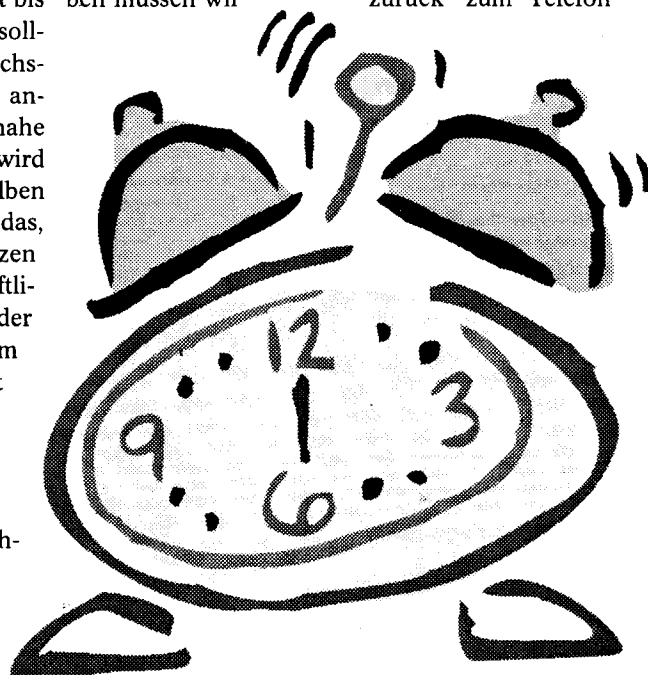
Moderne Zeiten

In der Ferne läutet die Kirchenglocke zwölffmal, am Horizont taucht ein bißchen rotes und blaues Glitzer-Glitzer auf, irgendwo kracht ein Chinaböller. Sylvester in der Provinz war schon immer etwas weniger spektakulär als in den Metropolen, da läßt sich auch mit einem Millenium nicht viel reißen (noch nicht einmal, wenn die Besserwisser dieser Welt bis zum 31.12.99 ihren Streit darum beendet haben sollten, ob das neue Jahrtausend denn nun dieses, nächstes oder erst in 33-Komma-3-Periode Jahren anfängt). Lediglich wenn man die Tonga-Inseln nahe der Datumsgrenze auch zur Provinz rechnet, wird wohl dieses Jahr etwas mehr Halli-Galli in derselben zu verzeichnen sein. Außer, ja außer es passiert das, wovon computerisierte Menschen auf der ganzen Welt seit Jahren träumen und auch landwirtschaftliche Fachzeitschriften seit Monaten schreiben: der Millenium-Käfer kommt und kneift. Das Bild vom Käfer ist aus den USA (Millenium-Bug) womit einmal mehr bewiesen wäre, daß die Amis immer noch in der Lage sind, Katastrophen schöner zu verpacken, als wir drögen Deutschen mit unserer „Jahr-2000-Problematik.“ (Man erinnere sich: das Problem ist die oft nur zweistellige Jahresangabe in Computern und Software, die bei 00 an 1900 oder sonst was denkt).

Jenseits des Ozeans setzt man das ganze Thema sowie so ganz anders – man möchte sagen ehrfurchtsvoll gebührend – ins Szene

Hier bei uns dagegen gibt's lediglich kurze Anrisse von landwirtschaftlichen Horrorszenarien: Lüftung fällt aus, Futterautomaten laufen über, kein Licht, kein Mensch vom Kundendienst zu erreichen. In den USA erhält das Grauen ein Gesicht: Sauenhalterin Jennifer Jorgensen in Garrison, Iowa sagt: „Wenn wir eine Sau im Dezember 1999 decken lassen, ist unsere Software nicht in der Lage uns mitzuteilen, wann sie ferkelt oder sie meldet uns womöglich, daß die Sau 100 Jahre alt ist.“ Oder Calvin Raymer, der mehrere

Jahre und 350.000 \$ investiert hat, um in seiner Rindermastanlage in Guymon, Oklahoma Computer und Software zu ersetzen: „Wenn nun die Bank und die Versicherungsagentur nicht Jahr-2000-kompatibel sind, ist das auch für uns schlecht. Anstatt Informationen elektronisch an sie weiterzugeben müssen wir zurück zum Telefon



greifen – wenn das denn funktioniert.“

Auch auf höchster Ebene hat man sich längst der Problematik angenommen, Jennifer und Calvin werden in einem Artikel der Zeitung „Farm Journal“ zitiert, den das US-Landwirtschaftsministerium in seiner umfangreichen Internetkollektion zum Jahr-2000-Problem zur Verfügung stellt. Die Clinton-Administration hat neben Infobroschüren und Webseiten außerdem ein „Guter-Samariter-Gesetz“ entworfen, mit dem Firmen, die ihre Computerprobleme

im Vorhinein – also jetzt – öffentlich bekannt machen, vor späteren etwaigen Schadensersatzforderungen verschont werden sollen. Selbstverständlich äußerte sich auch Landwirtschaftsminister Dan Glickman bereits mehrmals zur Doppel-Null-Situation in der Landwirtschaft. Mit vereinten Kräften ist das Chaos überwindbar. Auch wenn die Welt-ernährungsorganisation FAO davor warnt, daß das Problem noch weltweit in der Landwirtschaft zu wenig Beachtung findet und damit auch Karl-Heinz Funke meinen kann, der sich bis her noch nicht öffentlich als Kammerjäger des Millenium-Käfers hervorgetan hat.

Da muß nun also mit viel Mitteleinsatz der Käfer beseitigt werden, den man sich selbst ins Haus geholt hat – na, das kurbelt die Wirtschaft an. Während woanders gekurbelt wird, müssen in der Sylvesternacht vielleicht irgendwo Bäuerin und Bauer im Kalten bei Taschenlampenlicht Millenium-Baby-Ferkeln auf die Welt helfen. Man gut, daß die Sauen auf Stroh stehen, für die Ferkellampen reicht gerade noch das alte Diesellagregat. Man gut auch, daß große, per Hand zu öffnende Fenster im Stall sind und schließlich bei natürlichem Licht in der morgendlichen Januarsonne wie seit eh und je mit der Schiebkarre gefüttert wird. Man gut, daß der Sauenplaner von Pappe und die Bestandsgröße von gestern ist. Plötzlich ist womöglich in der Landwirtschaft am 1. Januar 2000 das Moderne überholt und das Überholte zukunftsweisend?

Tja, und während also am Neujahrmorgen die Geschichten von Jennifer und Calvin unwiederholbar in den Tiefen des Netzes verschwunden sind, liegt die Januar-Ausgabe der Bauernstimme, vielleicht ein bißchen verknickt oder mit einem Kaffeetassenring versehen aber dennoch sehr gut lesbar, angenehm papiern in der Hand – so sie denn, am besten schon jetzt, abonniert wurde.

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: Lektüre für 00

6/99

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnementin / des Abonnenten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242-47838